

05.01.2013

### **dbb Mitgliederzahl steigt erneut**

Der dbb beamtenbund und tarifunion legt bei den Mitgliederzahlen weiter zu. Der gewerkschaftliche Dachverband verzeichnet zum Jahresende 2012 (Stand 1. Dezember) insgesamt 1.271.563 Mitglieder. „Damit bleibt der dbb weiter Spitzenorganisation“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt heute anlässlich der Veröffentlichung der neuen Verbandsstatistik in Berlin, „nicht nur mit Blick auf seine Bedeutung als einflussreicher Interessenvertreter für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche, sondern insbesondere auch als Verband, der im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigtenvertretungen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann.“

„Ein Plus von 5.843 neuen Mitgliedern sei eine klare Bestätigung für die berufspolitische Arbeit des Verbandes, betonte der dbb Chef. „Mit der organisatorischen Integration der dbb tarifunion in die Reihen des dbb haben wir diese Arbeit nun auf eine noch breitere Basis gestellt, die unsere Durchsetzungs-fähigkeit weiter stärken wird – gute Argumente für eine Mitgliedschaft im dbb“, so Dauderstädt. Von den 1.271.563 dbb Mitgliedern sind 906.820 Beamte (2011: 907.645) und 364.743 Angestellte (2011: 358.075). In den Reihen des dbb organisiert sind nun 401.621 Frauen (4.272 mehr als im Vorjahr) und 869.942 Männer (ein Zuwachs um 1.571 gegenüber 2011).

### **dbb kritisiert Gesetzentwurf zum flexiblen Ruhestand**

Der dbb hat einen Gesetzentwurf des Bundes zum flexiblen Ruhestand für Bundesbeamte kritisiert. Grundsätzlich sei die Flexibilisierung der richtige Weg. Anders als auf dem Demografiegipfel der Bundesregierung zugesagt, sei in dem Gesetzentwurf allerdings ein Hinausschieben des Ruhestands ohne die Zustimmung der Beamten auch weiterhin möglich. Erschwerend komme hinzu, dass auch der Zuschlag gestrichen wurde, der eigentlich einen Anreiz für ein Hinausschieben des Ruhestands schaffen sollte, wenn die Höchstversorgung schon erreicht sei. Dies widerspreche ganz eindeutig dem Ziel, eine Kultur des motivierten längeren Arbeitslebens zu schaffen.

### **Pflegepersonal in Heimen darf nicht erben**

Bewohner in Alten- und Pflegeheimen können das Personal nicht in ihrem Testament bedenken. Tun sie es trotzdem, ist die Bestimmung nichtig: Das verbietet nämlich die Heimgesetzgebung. Das gesetzliche Verbot soll verhindern, dass Pfleger Heimbewohner ausnutzen.

### **Bürokratieabbau in den Jobcentern dringend erforderlich**

Wer die Qualität der Arbeit in Jobcentern steigern möchte, muss die Überflutung durch Anweisungen, Erläuterungen und Empfehlungen sofort beenden. Mit dieser Forderung reagierte **Roland Staude**, zweiter Bundesvorsitzender der Kommunalgewerkschaft kombi im dbb beamtenbund und tarifunion, am 14. Dezember 2012 auf eine Anfrage der Linken im Bundestag zur Dauerberieselung der Beschäftigten in den 305 deutschen Jobcentern durch Führungsanweisungen. Davon seien auch einige tausend kommunale Angestellte und Beamte betroffen, die in gemeinsam mit Arbeitsagenturpersonal besetzten Dienststellen die menschlich wie rechtlich schwierige Arbeit in der Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung zu erledigen hätten. Der Bürokratieabbau müsse dort beginnen, wo er die Arbeit des öffentlichen Dienstes für die Bevölkerung behindere. Allein in diesem Jahr gab es 346 Weisungen, darunter 129 Handlungsempfehlungen, 118 E-Mail-Infos und 84 Verfahrensinformationen mit einem Umfang von 921 Seiten und 8105 Anlagen.

---

## **Aktuell 02/13**

**Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der vbba ; Tel. 05741/1404 – vbbagrapp@t-online.de**

14.01.2013

### **Sozialverbände laufen Sturm gegen neue Rundfunkgebühr**

Die Sozialverbände laufen Sturm gegen das seit dem 01.01.2013 neugeregelte öffentlich-rechtliche Rundfunkgebührensysteem. Ab jetzt müssen auch viele gehörlose und praktisch blinde Menschen den Monatsbeitrag von derzeit 17,98 Euro entrichten. „Die Mehrheit der Menschen mit Behinderungen steht noch immer im Regen. Sie müssen von den Gebühren befreit bleiben“, so der Präsident des Sozialverbandes Deutschland gegenüber der „Rheinischen Post“. „Es ist ein Irrsinn, Demenzkranken und Pflegebedürftigen ohne ausreichende Seh- und Hörfähigkeit mit einer Rundfunkgebühr in die Tasche zu greifen“, erklärte Adolf Bauer. Von der Anfang November 2012 neu gegründeten DBB-Seniorenvertretung erhofft sich der BRH NRW, gegen den demokratisch nicht legitimierten unsozialen Zwangsbeitrag tätig zu werden.

### **dbb gegen weitere Privatisierung staatlicher Aufgaben und Einrichtungen**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die jüngste Privatisierungs-Initiative des Bundeswirtschaftsministers zurückgewiesen. „Davon halte ich überhaupt nichts. Dem werden wir uns widersetzen“, sagte der dbb-Chef den in Münster erscheinenden „Westfälischen Nachrichten“ in einem Interview. Die von Forsa durchgeführte dbb-Bürgerbefragung ergebe seit Jahren konstant, dass durch Privatisierung aus Sicht der Bürger nichts besser, sondern vieles teurer geworden sei. Die Menschen sprächen sich danach einhellig gegen weitere Privatisierungsmaßnahmen aus. Dauderstädt zeigte sich vor der am 30. Januar beginnenden Einkommensrunde im öffentlichen Dienst mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zudem entschlossen, spürbare Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen: „Die TdL hat uns eine Verhandlungsscrew vorgesetzt, die vor allem aus finanzschwachen Ländern besteht. Wir sehen das auch als Signal der Arbeitgeber, um allzu großen Erwartungen der Gewerkschaften von vornherein einen Riegel vorzuschieben. Das wird uns nicht abschrecken“, sagte Dauderstädt. „Wir wollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.“ Zugleich betonte er aber auch die konstruktive Haltung, die der dbb im anstehenden Tarifkonflikt einnehmen wolle: „Wir sind entschlossen, uns am Verhandlungstisch zu einigen.“

### **PKW-Maut wird wohl doch ein Wahlkampfthema**

Die von einem zunehmenden populistischen Aktionismus befallene Politik macht immer höhere Bocksprünge. So will die CSU die Einführung einer PKW-Maut auf den Autobahnen zum Wahlkampfthema machen. „Ich werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, wo diese Antwort auf die Finanzierung der Verkehrsfrage nicht gegeben wird“, sagte CSU-Chef Horst Seehofer. Eine PKW-Maut werde zu mehr Gerechtigkeit auf den Straßen Europas führen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) erteilte der Einführung einer solchen Maut erneut eine Absage.

### **Weitere Einsparungen im öffentlichen Dienst**

„Die grün-rote Landesregierung in Stuttgart will Beamten die Beihilfe im Krankheitsfall kürzen. Zu fragen ist, ob angesichts des sinkenden Versorgungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung Pensionen für Beamte unangetastet bleiben können.“ War es nicht Baden-Württemberg, das erste Land, dass das Weihnachtsgeld kürzte, das Urlaubsgeld strich und die Arbeitszeit um eine Stunde erhöhte? Warum müssen wir immer wiederholen, dass unsere Renten und Pensionen erarbeitet sind und keine Geschenke? Und wie oft müssen wir betonen, dass einfach Renten- und Pensionsbezüge als recht unterschiedliche Versorgungssysteme nicht vergleichbar sind? Es wird wohl nie enden: Die Hetze gegen den Öffentlichen Dienst hat stets Hochkonjunktur. Da wird auch gerne herangezogen, dass 40 v.H. des Landesetat auf Personalkosten entfallen. Was will man denn damit eigentlich sagen? Der Öffentliche Dienst ist aus gutem Grund eine der größten Arbeitgeber sowie ein ordentlicher und anerkannter Dienstleistungsbetrieb. Da verlangen doch die 40 v.H.-Lohnkostenanteil eher eine Anerkennung.

### **DBB Chef Dauderstädt stärkt den Älteren den Rücken**

Mit noch größerer Aufmerksamkeit will der DBB in Zukunft darauf achten, dass auf allen Ebenen und in allen Gremien auf die Situation der Versorgungsempfänger geachtet wird. Dies hat der neue Bundesvorsitzende DBB Klaus Dauderstädt dem Seniorenverband BRH versichert. Die Seniorenvertretung im DBB NRW hatte gegenüber dem Bund seine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass bei allen angekündigten Sparmaßnahmen die Renten- und Versorgungsempfänger bei der anstehenden Einkommensrunde von den Gehaltsforderungen für die Aktiven abgekoppelt werden. Diese Sorge – so Dauderstädt – sei auch bei ihm präsent. Niveauabsenkungen hätten zwar in der Vergangenheit zur Nachhaltigkeit der Finanzierung beigetragen, nicht wenige Anspruchsberechtigte aber auch der Altersarmut näher gebracht. Es gelte nun verstärkt darauf zu achten, dass der Ruhestand nicht abgekoppelt werde. Er sei sicher, dass auch der BRH im engen Schulterschluss mit dem DBB insgesamt dieses Ziel verfolgen werde.

Der Seniorenverband BRH NRW ist besonders aufmerksam, nachdem die fast tägliche Häme über die Versorgung der älteren Menschen fast zu einem „Stück Normalität“ geworden ist. „Geht es um das Alleinsein und die Gesundheit, ist dies zurzeit in der Wahrnehmung der Älteren spürbar nach hinten gerückt. Nicht aber, was angemessene Versorgung betrifft“, mahnt BRH NRW Landesvorsitzender Hans Burggraf

### **Krankenkassen müssen rezeptfreie Medikamente nicht bezahlen**

Krankenkassen sind nicht dazu verpflichtet, die Kosten für nicht verschreibungspflichtige Medikamente zu übernehmen. Das entschied jetzt das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Die gesetzlichen Krankenkassen müssten nicht alles bezahlen, was „an Mitteln zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit verfügbar ist“ (AZ: 1 BvR 69/09). Damit hatte ein Kläger keinen Erfolg, der an einer chronischen Atemwegkrankung leidet.

### **Auch Erben und Vererben will gelernt sein**

Ein Kreditinstitut darf nicht bestimmen, wie ein Erbe sein Erbrecht nachzuweisen hat. Hat ein Erbe etwa noch keinen Erbschein, muss er die Möglichkeit haben, den Nachweis auch durch andere geeignete Dokumente zu erbringen. Wichtig: Ein eigenhändiges Testament muss vom Erblasser selbst angefertigt sein. Dabei kann er sich beim Verfassen durchaus ein wenig helfen lassen. Allerdings darf die Hand des Erblassers beim Schreiben nicht durch eine andere Person geführt werden. Das entschied das Oberlandesgericht Hamm.

### **Rundfunkgebühr auf dem Prüfstand der Verfassungsgerichtsbarkeit**

Mit der ab 01.01.2013 eingeführten Haushaltsabgabe anstelle der bisherigen Rundfunkgebühr in Höhe von 17,98 Euro pro Monat ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur in den Printmedien verstärkt in die Kritik geraten. Kritikwürdig ist in erster Linie die Tatsache, dass beispielsweise Blinde und Taubstumme und zum Teil Schwerbehinderte jetzt zahlungspflichtig geworden sind. Auch Haushalte ohne jegliche Empfangseinrichtung werden von einer Zahlungspflicht erfasst. Für den BRH NRW ist es begrüßenswert, dass die Sozialverbände den Klageweg beschreiten wollen. Inzwischen haben führende Unternehmen in Deutschland den Weg zum Verfassungsgerichtshof (so in Bayern und in Rheinland-Pfalz) beschritten. Zum Beispiel hat die Drogeriemarktkette Rossmann errechnet, dass ihre Gebührenlast auf 500 Prozent der jetzigen steigt: Von 40.000 Euro auf rund 200.000 Euro pro Jahr für ARD und ZDF. In der Popularklage beanstandet die Firma nicht nur die Einschränkung von Grundrechten, sie weist entscheidend auch auf das grundgesetzwidrige Zustandekommen des Rundfunkstaatsvertrages hin.

16.02.2013

### **Rundfunkbeitrag – Die Kritik auf breiter Front hält an**

Auch die Stadt Köln hat unterdessen die Zahlung der ab 01.01.2013 geltenden Rundfunkgebühr „bis auf weiteres“ gestoppt. Die Unklarheiten über die genaue Höhe der Gebühr und die zu erwartenden Mehrkosten seien den Steuerzahlern nicht zuzumuten. In Nachbarstädten wie Duisburg drohe eine Verdoppelung der Kosten auf 100.000 Euro. Am Rande eines Skandals angesiedelt ist in diesem ganzen Zusammenhang die Tatsache, dass eine halbe Million behinderter Menschen, die bisher aus guten Gründen von der monatlichen „Zwangsabgabe“ in Höhe von 17,98 Euro befreit war, nunmehr von der GEZ (ab jetzt „ARD/ZDF-Beitragservice“) zur Kasse gebeten werden.

### **Umfassende Information der Patienten ist Pflicht**

Angesichts der zunehmenden Ärztefehler jedes Jahr erhalten die Patienten in Deutschland künftig mehr Rechte gegenüber den Medizinern und Krankenkassen. Der Bundesrat gab dazu jetzt grünes Licht für das Patientenrechtegesetz der Berliner Regierungskoalition. Ein im BGB nunmehr verankerter Behandlungsvertrag regelt die Beziehungen zwischen Arzt und Patient. Zentral ist, dass Patienten verständlich und umfassend über Diagnosen und Therapien informiert werden sollen. Auch auf Kosten, die die Kassen nicht übernehmen, muss hingewiesen werden. Zur Aufklärung unter anderem über Risiken muss es ein persönliches Gespräch geben. Patientenvertreter kritisierten das Gesetz als unzureichend.

### **Immer mehr Menschen gehen vorzeitig in den Ruhestand**

Immer mehr Menschen gehen in Frührente. 2011 ist die Zahl derjenigen, die vorzeitig aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und dafür Abschläge in Kauf genommen haben, auf ein Rekordniveau gestiegen. Von knapp 700.000 Menschen, die 2011 erstmals Altersrente bezogen, erhielten exakt 336.856 eine gekürzte Rente – das waren 17.000 mehr als im Jahr zuvor. Die Quote erhöhte sich von 47,5 auf 48,2 Prozent – fast die Hälfte der Neurentner erhielt eine gekürzte Rente, weil sie früher als mit 65 Jahren in Rente gingen.

### **Ruheständler gehen häufig einer Beschäftigung nach**

Jeder 10. Deutsche im Pensions- bzw. Rentenalter geht mittlerweile einer Beschäftigung nach. Damit hat sich der Anteil dieser „Unruheständler“ im Alter zwischen 65 und 69 Jahren seit 1996 verdoppelt. Im Jahr 2011 gingen etwa 425.000 Menschen aus dieser Altersgruppe weiter einer Arbeit nach.

### **Durchführung der Seminare 2013 für die Senioren/innen**

Obwohl bereits genügend Meldungen für die beiden Seniorenseminare in 2013 aufgrund der Bekanntmachung in der vbba – Magazin - Ausgabe 6/2012 bis zum vorgegebenen Termin (25.01.2013) eingegangen waren und die Auswahl der Teilnehmer/innen bereits abgeschlossen war, erfolgte versehentlich eine erneute Ausschreibung in der Ausgabe 1/2013 des vbba-Magazins. Die daraufhin der Bundesgeschäftsstelle zugegangenen Meldungen können leider nicht mehr berücksichtigt werden. Wir bitten hierfür um Verständnis. Die Einladung der ausgewählten Teilnehmer erfolgt in Kürze.

11.03.2013

### **Öffentlicher Dienst hat Zig-Milliarden an Sparleistungen erbracht**

Im Sparen nimmt der öffentliche Dienst bereits seit geraumer Zeit eine einsame Spitzenstellung ein. Keine andere Gruppe in der Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren derart einschneidend zur Kasse gebeten wie die Angehörigen des öffentlichen Dienstes und hier insbesondere die Beamten und beamtenrechtlichen Versorgungsempfänger. Seit Beginn dieses Jahrtausends müssen die betroffenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Bund und in den Ländern eine regelrechte Sparorgie über sich ergehen lassen und schmerzliche Eingriffe in ihre Einkommensverhältnisse verkraften. 146 Milliarden DM (74,65 Milliarden Euro) waren es bereits im Jahr 1997, die den aktiven und ehemaligen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vom Gesetzgeber „aus der Tasche gezogen“ wurden. Allein durch das Zurückbleiben der Beamtenbesoldung hinter den Tarifbezügen der Arbeitnehmer um ein Prozent (von 1984 – Nullrunde – bis 1997) erbrachte ein imposantes Einsparvolumen von 21 Milliarden DM (10,74 Milliarden Euro). Es kann also nicht angehen, die parlamentarisch beschlossene Schuldenbremse nahezu allein auf dem Rücken der Angehörigen des öffentlichen Dienstes umsetzen zu wollen.

### **Überweisungen künftig nur mit einer Riesennummer**

Ab Februar 2014 gilt auch in Deutschland die SEPA, die Single Euro Payments Area. Statt der bisherigen Kontonummer und Bankleitzahl müssen Kunden zukünftig die 22-stellige IBAN und den BIC der Bank benutzen. IBAN ist die Abkürzung für International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer). Sie setzt sich allgemein aus einem zweistelligen Ländercode, einer zweistelligen Prüfsumme und einer maximal 30-stelligen Kontoidentifikation (Buchstaben oder Ziffern) zusammen. Eine deutsche IBAN hat immer exakt 22 Stellen. BIC ist die Abkürzung für Bank Identifier Code.

### **Neue Rundfunk(zwangs)abgabe bleibt umstritten**

Nach wie vor in der Kritik bleibt die ab 01.01.2013 eingeführte Rundfunk (zwangs) abgabe in Höhe von monatlich 17,98 Euro. Eine Klagewelle rollt auf die Verantwortlichen in der Politik und in den Funkhäusern zu. In diesem Zusammenhang werden auch immer mehr Klagen laut über die umfängliche und inhaltliche Programmgestaltung in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Berechtigterweise fragt man sich, muss das sein: So zum Beispiel unterhält im ARD-Verbund der WDR 20 Regionalstudios, der SWR glänzt sogar mit 35 Studios, gefolgt vom NDR mit 24 Studios, 61 Hörfunkprogramme auf ARD-Ebene. In einem kürzlich erschienenen Zeitungsbericht war die Behauptung zu lesen, dass beispielsweise das WDR-2-Programm im Jahr insgesamt 665.500 Minuten sendet. Das sind - sage und schreibe - 27 Prozent mehr, als ein Jahr an Minuten aufweist. Angesichts dieser wenigen Fakten wäre es dringend ratsam, das ganze Gebilde öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf sein Finanzgebahren hin von Grund auf zu durchforsten.

### **Die Stromverbraucher werden alleine die Zeche zahlen**

Wenn die Entwicklung in Sachen Energiewende so weitergeht und die Bundesregierung nicht in einem angemessenen Zeitrahmen ihre Versäumnisse und Fehlentscheidungen korrigiert, müssen die Stromverbraucher als Steuerzahler und Nicht-Steuerzahler endgültig alleine die Zeche zahlen. Schon von Anfang an war für Techniker und Betriebswirte klar, dass die von Rot-Grün erfundene und von Schwarz-Gelb bis zu einer hysterischen Übersteigerung nach Fukushima in internationaler Einsamkeit propagierte so genannte Energiewende nicht funktionieren kann! Es steht mittlerweile mehr und mehr die Frage im Raum: Wer auf der politischen Bühne wird einmal die Verantwortung für den sich in nicht allzu ferner Zukunft abzeichnenden Blackout mit katastrophalen Folgen übernehmen?

---

25.03.2013

### **Anhörung zu gesetzlichen Neuregelungen im Beamtenrecht des Bundes**

Der dbb hat drei Gesetzentwürfe zu Neuerungen im Beamtenrecht des Bundes begrüßt, zugleich aber Nachbesserungen an den Vorlagen gefordert. Im Einzelnen geht es u. a. um Regelungen zur Familienpflegezeit und zum flexibleren Eintritt in den Ruhestand sowie einen Altersgeld-Anspruch für vorzeitig ausgeschiedene Beamte. Mit der Übernahme der Familienpflegezeit ins Beamtenrecht werde eine lange überfällige Gleichstellung erreicht. „Das hilft, Pflege und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen. Auch die vom dbb immer wieder kritisierte Ungleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamten des öffentlichen Dienstes in diesem Bereich wäre damit vom Tisch“, sagte Klaus Dauderstädt. Dies könne aber lediglich „ein Baustein“ sein, um Betroffenen in konkreten Betreuungssituationen zu helfen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, gebraucht werde ein ganzes Paket von Maßnahmen.

Auch bei der Erweiterung von Möglichkeiten für einen flexibleren Eintritt in den Ruhestand sieht der dbb noch Verbesserungsbedarf. „Wir kritisieren unter anderem, dass es nun nicht mehr – wie ursprünglich vorgesehen – einen Zuschlag für Beamte geben soll, die nach dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze weiter Dienst leisten. Gerade angesichts der drängenden demografischen Probleme ist der Wegfall dieser Regelung nicht nachvollziehbar. Schließlich sind viele Dienstherren künftig länger auf das Spezialwissen und die Erfahrungen der älteren Kollegen angewiesen.“

### **Die Inflationsrate in Deutschland sinkt weiter**

Die Inflationsrate in Deutschland ist trotz hoher Stromkosten weiter auf dem Rückmarsch. Die jährliche Rate sank von 1,7 Prozent im Januar 2013 auf 1,5 Prozent im Februar. Das ist laut Statistischem Bundesamt der niedrigste Stand seit Dezember 2010.

### **WDR antwortet auf Kritik an Rundfunk(zwangs)gebühr**

„Der Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks (WDR) sieht in dem Umstieg vom Gebühren- auf das geräteunabhängige Beitragsmodell den dringend notwendigen und zeitgemäßen Wechsel zur Sicherstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.“ Das verlautbarte in einer Presseerklärung vom 13.03.2013 die Vorsitzende des WDR-Rundfunkrats Ruth Hieronymi. ARD, ZDF und DeutschlandRadio könnten durch den geräteunabhängigen Beitrag auch in Zukunft ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen. Eine Rückkehr zum alten Modell sei für den WDR-Rundfunkrat keine Alternative, da dieses Modell der technischen Entwicklung in den Medien in keiner Weise mehr gerecht werde.

### **Dbb begrüßt Kompromiss zur Bestandsdatenauskunft**

„Es ist ein Kompromiss der großen Bundestagsparteien, aber ein guter“, sagte Kirsten Lühmann, die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, anlässlich des Beschlusses zur Bestandsdatenauskunft. „Es wurden erhebliche rechtstaatliche Verbesserungen erreicht gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung. Bei Auskünften über dynamische IP-Adressen und über Zugangssicherungs-codes gibt es jetzt die Pflicht, die Betroffenen zu benachrichtigen. D. h., diese können Rechtsschutz dagegen in Anspruch nehmen. Bei heimlichen Auskünften über E-Mail-Passwörter oder Handy-Pins muss jetzt die Genehmigung eines Richters eingeholt werden.“ Was die Behörden jedoch in keinem Fall erhalten, sind Informationen darüber, wer wann mit wem telefoniert hat oder wo sich ein Handy zu einer bestimmten Zeit befunden hat. Eine „Vorratsdatenspeicherung durch die Hintertür“, so die dbb-Vize, liegt hier also nicht vor.

**Allen Lesern schöne Osterfeiertage mit hoffentlich etwas frühlingshafteren Temperaturen!**

## ***Aktuell 07/13***

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

15.04.2013

### **dbb zu Pensionsentwicklung: Falsche Behauptungen**

Der dbb hat Medienberichte zurück gewiesen, wonach die Versorgungsbezüge von Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren fast doppelt so hoch gestiegen sein sollen wie Renten. Die BILD-Zeitung hatte dies in ihrer heutigen Ausgabe (16. April 2013) behauptet. "Dieser Beitrag ist eine Ansammlung boulevardesker Halbwahrheiten", kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in Berlin. Derlei tendenziöser Desinformation trete der gewerkschaftliche Dachverband entschieden mit objektiven Fakten entgegen.

"Wahr ist, dass die Versorgungsanpassungen der Beamten in den letzten Jahren geringer ausfallen als in der gesetzlichen Rente. Darüber hinaus sind die gleichgerichteten, niveauabsenkenden Reformmaßnahmen für die Beamten bereits durchgeführt worden, während Schritte davon in der gesetzlichen Rentenversicherung noch ausstehen", stellte der dbb Chef klar, dies hätten zuletzt zwei Berichte des Bundesministeriums des Innern umfassend bestätigt. "Der vom Statistischen Bundesamt festgestellte und von BILD zitierte Anstieg der durchschnittlichen Versorgungsbezüge beruht überwiegend darauf, dass der relative Anteil an Beamten der höheren Besoldungsgruppen im Ruhestand ansteigt. Eine Pauschalisierung dessen ist genauso falsch wie die Behauptung, dass die Versorgungsbezüge der Länderbeamten in jüngster Zeit stärker gestiegen sind als beim Bund. Zudem hat der Bund via Nullrunden 2005, 2006 und 2007 schmerzliche Einbußen für die Versorgungsempfänger verfügt, die Betroffenen müssen Medienberichte wie den heutigen als Schlag ins Gesicht empfinden", sagte Dauderstädt und wies abschließend auf weitere grundlegende Fakten im Zusammenhang mit der Beamtenversorgung hin:

- Beamte haben ein hohes Qualifikationsniveau (etwa zwei Drittel mindestens Fachhochschulabschluss) mit selbstverständlichen Konsequenzen für die Einkommensdurchschnitte.
- Beamte haben in aller Regel einen vollständigen Erwerbslebenslauf - in die Rentenstatistik fließen aber auch nur vorübergehende oder geringfügige Beschäftigungsverläufe vollständig ein.
- Entgegen vergleichbaren tariflich Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft erwerben Beamte keine zusätzlichen Altersversorgungsansprüche (Betriebsrenten).
- Anders als die Rentenversicherung kennt die Beamtenversorgung keine Bemessungsgrenzen für Beiträge und damit letztlich auch Leistungshöhe.
- Die Vergleiche beruhen auf Bruttoangaben; Versorgungsbezüge werden bis zum Jahr 2040 deutlich höher besteuert als Renten.
- Ruhestandsbeamte müssen aus ihren Bezügen die Kosten der beihilfekonformen privaten Kranken- und Pflegeversicherung bestreiten.
- Die Beamtenversorgung beruht auf dem verfassungsrechtlich verbürgten Alimentationsprinzip und hat zugleich qualitätssichernde Funktion für den öffentlichen Dienst.

### **Achtung: Jede zweite Arznei aus dem Internet ist gefälscht**

Die Deutsche Gesellschaft für innere Medizin warnt vor dem Kauf von Medikamenten im Internet. Denn jede zweite verkaufte Arznei (ob Antibiotika, Dopingmittel oder Viagra) ist gefälscht. Das teilte die Gesellschaft am 08.04.2013 beim Internisten Kongress in Wiesbaden mit. Sogar für Experten seien manche Fälschungen kaum vom Original zu unterscheiden.

### **So viele ältere Menschen wie nie arbeiten**

Die Beschäftigung Älterer hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht: Nach neuen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit gingen im September 2012 fast 1,84 Millionen Menschen über 60 Jahre einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach. Das waren 12,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

25.04.2013

### **dbb: Bürgerversicherung nicht allein ein Arbeitsmarktproblem**

Gutachterlich hinterlegte Befürchtungen, wonach durch die Einführung einer Bürgerversicherung rund 100.000 Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche verloren gingen, hat der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt mit dem Hinweis kommentiert, dass die damit zugleich unterstellte „Abwicklung der beamtenrechtlichen Beihilfe“ und Schließung der privaten Krankenversicherung (PKV) als Vollversicherung zunächst auf massive rechtliche Hindernisse stoßen würde. „Das Beihilfesystem ist Ausdruck der Fürsorgepflichten öffentlich-rechtlicher Dienstherrn und gehört damit in den Zusammenhang der so genannten Alimentation“, so der DBB-Chef am 08.04.2013 vor der Presse.

### **Lebensmittelskandale – Mangelnde Personalausstattung beeinträchtigt Wirksamkeit staatlicher Kontrollen**

Der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, hat den Personalmangel in staatlichen Behörden kritisiert, die etwa für Lebensmittel- oder Steuerkontrollen zuständig sind. Dieser sei für die Häufung von Lebensmittelskandalen und Steuerbetrug mitverantwortlich. „Die Skandale zeigen ein Defizit auf: die flächendeckend schwache Personalausstattung des Staates. Uns fehlen aktuell bereits über 100.000 Stellen in allen Leistungsbereichen“, sagte Dauderstädt der „Neuen Westfälischen“ (Ausgabe vom 24. April 2013). „Nicht die Beamten versagen, sondern der Staat, der seine Institutionen nicht adäquat aufstellt.“

So gebe es in den 430 kommunalen Lebensmittelüberwachungsämtern nur 28 Lebensmittelchemiker. Aber nur diese könnten feststellen, ob es sich um Rind- oder Pferdefleisch handelt. Weit höher sei der Personalmangel in den Finanzbehörden. Dort fehlten 10.000 Beamte, sagte Dauderstädt. Diese Situation könne man als Offenbarungseid der Politik beschreiben.

Mit Blick auch auf den aktuellen Fall Uli Hoeneß sagte Dauderstädt, der dbb sei „für einen starken Staat. Der muss natürlich finanziert werden durch angemessene Steuereinnahmen.“ Der dbb Chef fügte hinzu: „Wer seine Steuern nicht bezahlt, verhält sich wie ein Zechpreller, der betrunken die Kneipe verlässt ohne zu bezahlen.“ Dauderstädt verwies auch auf die vielen Überstunden, die von Polizisten angehäuft werden, weil sie Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen: „Überstunden sind ein Indikator für Personalmangel.“

### **Informationsdienst „dbb aktuell“ jetzt auch online**

Der Informationsdienst „dbb aktuell“, den Interessenten bisher auf Wunsch per E-Mail erhalten, kann ab sofort auch im Internet nachgelesen werden. Das „dbb aktuell“ bündelt ein Mal pro Woche wichtige Informationen zu Aktivitäten, Positionen und Plänen der Bundesleitung des dbb, der dbb bundesfrauenvertretung und der dbb jugend. Hinzu kommen aktuelle Informationen aus den Landesbünden des dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften sowie Personalien und andere Kurznachrichten.

### **Rund 97.600 Menschen mussten Privatinsolvenz anmelden**

Mehr als sechs Millionen Deutsche sind überschuldet, jeder Zehnte davon ist in Privatinsolvenz. Das meldet die „Welt am Sonntag“ in ihrer Ausgabe vom 21.04.2013. Die meisten von ihnen geraten trotz solider Haushaltsführung in Not. Und das Risiko steigt proportional zur Zahl der Kredite und dem Trend zu prekären Jobs. Rund 97.600 Menschen mussten 2012 in Deutschland Privatinsolvenz anmelden. 27 Prozent aller Schuldner sind jünger als 30 Jahre.

### **Rückt ein Bargeldverbot immer näher?**

Schweden könnte schon bald zu einer weitgehend bargeldlosen Gesellschaft werden. Schon mehr als ein Viertel der etwa 1.200 schwedischen Bankfilialen hat mittlerweile das Bargeldgeschäft eingestellt. (Info des BRH NRW).



## **Aktuell 09/13**

---

**Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der vbba ; Tel. 05741/1404 – vbbagrapp@t-online.de**

---

23.05.2013

### **Föderalismusreform war Fehler und muss zurückgenommen werden**

Der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, hat vor einer neuen „Klassengesellschaft“ bei der Beamtenbesoldung in Deutschland gewarnt. „Jedes Bundesland macht bei der Besoldung seiner Beamten inzwischen, was es will. Die Einheitlichkeit der Bezahlung geht vollends verloren“, sagte Dauderstädt am 20. Mai 2013 der Nachrichtenagentur dpa in Berlin.

Im Gespräch mit dem WDR-Fernsehen verwies der dbb Chef am selben Tag darauf, dass die Lücke zwischen den Ländern bei der Bezahlung der Beamten inzwischen mehr als zehn Prozent betrage. „Kurzfristig fordern wir, dass die Länder das Tarifergebnis eins zu eins übernehmen“, sagte Dauderstädt mit Blick auf den Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom März dieses Jahres. „Langfristig sagen wir, dass die Föderalismusreform von 2006 mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Besoldung auf die Länder ein Fehler war. Dieser Fehler muss rückgängig gemacht werden.“

### **Inflationsrate auf dem niedrigsten Stand seit zweieinhalb Jahren**

Die Verbraucherpreise stiegen derzeit so langsam wie lange nicht mehr. Vor allem sinkende Preise für Pauschalreisen, Sprit und Heizöl haben die Inflation im April 2013 auf den niedrigsten Stand seit rund zweieinhalb Jahren gedrückt. Die Jahresteuern sanken nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 1,4 Prozent im März auf 1,2 Prozent. Binnen Monatsfrist verringerten sich die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent.

### **Generationsausgleich**

In Deutschland gelingt der Lastenausgleich zwischen den Generationen schlechter als in anderen Ländern. In einer Vergleichsuntersuchung der Bertelsmann-Stiftung kommt Estland auf den ersten Platz aller OECD-Staaten. Deutschland belegt einen Mittelrang, die Vereinigten Staaten (USA) das Schlusslicht.

### **Länger zuhause leben**

"Länger zuhause leben" ist der Wunsch der meisten älteren Menschen. Altersgerechter Umbau, Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen machen es möglich, auch dann in der vertrauten Wohnung zu bleiben, wenn man Unterstützung oder Pflege braucht. Der Wegweiser des Bundesfamilienministeriums für das Wohnen im Alter beantwortet Fragen, zeigt Möglichkeiten auf und hilft mit praktischen Checklisten bei der Planung: von der Einschätzung der eigenen Wohnwünsche bis zur Entscheidung für den richtigen Pflegedienst. Stand: März 2013, 4. Auflage Die Broschüre können Sie unter folgendem Link abrufen oder bestellen:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=175622.html>

### **Partnerschaft und Ehe - Entscheidungen im Lebensverlauf**

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen der Ehe- und Familienwirklichkeit ist eine gravierende Veränderung des Verständnisses von Ehe (und Familie) verbunden. Die Vorstellung, bei der Ehe handle es sich um eine vom Willen der Partner unabhängige, auf ein ganzes Leben ausgerichtete Institution, ist um eine individuelle Sicht auf Ehe und Familie als Gestaltungsaufgabe ergänzt. Die Antworten auf die Frage, ob die geltenden Regelungen für die bestehende Ehe tatsächlich den institutionellen Rahmen schaffen, den die meisten Paare sich heute für eine gleichberechtigte Partnerschaft wünschen, lässt dagegen politischen Handlungsbedarf erkennen.

Sie können die Broschüre **über folgenden Link** downloaden oder bestellen:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=165070.html>

---

## Aktuell 10/13

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der [vbba](#) ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

29.05.2013

### **DBB-Chef: Menschen müssen sich auf Zusagen verlassen können**

Die Menschen in Deutschland müssen sich auf ihnen gegebene Zusagen ihre Altersversorgung betreffend verlassen können. „Diese Zusagen müssen eingehalten werden, egal ob es um Rentner geht oder um Versorgungsempfänger“. Das bekräftigte der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ am 16.05.2013. Die Diskussionsrunde stand unter dem Motto: „Zu wenig, zu spät, zu ungerecht – reicht die Rente morgen noch zum Leben?“

### **DBB: Beihilfesystem und PKV gehören zusammen**

Das Beihilfesystem als Ausdruck der Fürsorgepflicht der Dienstherrn und die PKV gehören zusammen. So der DBB nach bekannt gewordenen neuen Überlegungen zur Einführung einer Bürgerversicherung. Die Hälfte der privat Versicherten komme aus dem öffentlichen Dienst. Dessen Attraktivität müsse erhalten bleiben. Die PKV gehöre dazu. Der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat Befürchtungen, wonach bei Einführung einer Bürgerversicherung rund 100.000 Arbeitsplätze in der Versicherungsbranche verloren gingen, mit dem Hinweis kommentiert, dass die damit zugleich unterstellte „Abwicklung der beamtenrechtlichen Beihilfe“ und Schließung der PKV als Vollversicherung zunächst auf massive rechtliche Hindernisse stoßen würden.

### **Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung soll weiter sinken**

Wegen der hohen Zahl an Beschäftigten und sprudelnder Einnahmen für die Rentenkasse könnte der Rentenbeitrag zum 01.01.2014 erneut sinken. Die Union hält laut „Mainzer Rhein-Zeitung“ (Ausgabe v. 25.05.2013) „definitiv“ eine Beitragssenkung um 0,2 Prozentpunkte auf dann 18,7 Prozent für möglich. Der Rentenbeitrag war zu Beginn dieses Jahres bereits um 0,7 Prozentpunkte auf 18,9 Prozent gesunken.

### **Finanzielle Abgeltung des wegen Dienstunfähigkeit vor Eintritt in den Ruhestand nicht in Anspruch genommenen Urlaubs**

Mit RdSchr. V. 22.04.2013 regelt der BMI, dass entsprechend der Rechtsprechung des EuGH und des BVerwG Beamte/innen Anspruch auf Abgeltung von Urlaub haben, den sie vor Eintritt in den Ruhestand nicht mehr realisieren konnten. Die vbba hatte in dieser Thematik mehrere Rechtsschutzfälle eingeleitet, die nunmehr alle zum Erfolg kommen. Der Umfang des Abgeltungsanspruchs wird begrenzt auf den Mindesturlaub von 20 Tagen im Jahr (ohne darüber hinausgehende Urlaubstage auf Grund nationalen Rechts, z. B. Schwerbehindertenzusatzurlaub). Der Abgeltungsanspruch setzt voraus, dass der Urlaub noch nicht verfallen (18 Monate nach Ende des Urlaubsjahres) und der Anspruch nicht verjährt ist (nach § 195 BGB drei Jahre, beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem der Ruhestand eintrat, d.h. alle Ansprüche aus 2009 und früher sind bereits verjährt).

### **Sitzung des Fachbeirats für die Belange der Senioren/innen**

Am 13./14.05.2013 fand eine weitere Sitzung des o.a. Fachbeirats in Mettlach. Über die Ergebnisse wird in der Ausgabe 4/2013 des vbba – Magazins berichtet. Schwerpunkte waren u.a. die Satzung für die neue Bundes-seniorenvertretung des dbb, Vorbereitung von Anträgen für den nächsten Bundesgewerkschaftstag der vbba im Mai 2014, Vorschläge zur weiteren Intensivierung der Betreuung der Senioren/innen (u.a. Erstellung einer Info – Broschüre mit spezifischen Themen für diesen Personenkreis). Es bestand großes Einvernehmen, dass ein Verbleib in der Fachgewerkschaft vbba auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben eminent wichtig ist.

---

## **Aktuell 11/13**

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

08.06.2013

### **dbb bekräftigt Ablehnung von Bürgerversicherung**

Mit der Einführung einer so genannten Bürgerversicherung würde „der historisch gewachsenen Pluralität der Versicherungsformen ein Ende gesetzt, ohne dass mit diesem Schritt eine nachhaltige Sanierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht werden kann“. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei einer Sitzung des Bundestagsausschusses für Gesundheit am 5. Juni 2013 in Berlin nochmals unterstrichen. Anlass der Sitzung war ein Antrag der Fraktion Die Linke „Gesundheit und Pflege solidarisch finanzieren“.

### **DBB warnt vor emotionaler Gleichbehandlungsrhetorik**

Anlässlich der Sitzung des DBB-Bundeshauptvorstandes am 27.05.2013 in Dresden kritisierte der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt eine „in Teilen fehlgeleitete mediale und politische Debatte über den öffentlichen Dienst“, bei der mit dem Blick auf die unabhängige Beamtenversorgung und die Beihilfe anstelle von Sachargumenten eine „emotionale Gleichbehandlungsrhetorik ins Feld geführt wird“. Der DBB-Chef bekräftigte, die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung für die Beamten und beamtenrechtlichen Versorgungsempfänger habe Verfassungsrang.

### **DBB Seniorenvertretung: Stand der Dinge**

In der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes am 27./28. Mai 2013 wurde die Satzung der neuen dbb Bundesseiniorenvertretung beschlossen. Damit kann am 18./19. November 2013 in Berlin der Bundesseiniorenkongress stattfinden, dem die Wahl der Geschäftsführung der Bundesseiniorenvertretung obliegt.

### **Zum 1. Juni ist Schluss mit teuren Warteschleifen**

Gute Nachricht für Telefonkunden: Ab 1. Juni 2013 sind Warteschleifen bei Sonderrufnummern kostenfrei. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Telefonat aus dem Festnetz oder aus dem Mobilfunknetz erfolgt. Gesetzesverstöße sollen lt. Ministerin Aigner notfalls mit Bußgeldern sanktioniert werden.

### **Kaum zu glauben – aber wahr!**

Ständig werden in der breiten Öffentlichkeit, aber auch in der Politik Stimmen laut, die Beamtenpensionen fressen den Staat auf. Dazu die folgenden Meldungen: Brandenburgs Finanzminister Markov (SED-Nachfolgepartei „Die Linke“) habe 260 Millionen Euro aus dem Beamtenpensionsfonds des Landes (98 Prozent) im Ausland angelegt. Das grün-rot regierte Land Baden-Württemberg soll 50 Millionen Euro aus dem Pensionsfonds für Beamte in pleitenahen Ländern angelegt haben. Das Land NRW soll 220 Millionen Euro aus seinem Beamtenpensionsfonds in griechischen Staatsanleihen investiert haben.

### **CDU bleibt bei Widerstand gegen PKW-Maut**

Die Aussichten der bayerischen CSU, ihre Forderung nach Einführung einer PKW-Maut im Wahlprogramm der Unionsparteien für die Bundestagswahl 2013 durchsetzen zu können, sinken. Wie CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe am 27.05.2013 vor der Presse erklärte, lehne die CDU Deutschlands eine PKW-Maut ab.

### **Seniore/innenn in Deutschland fühlen sich rüstig und gesund**

Ältere Bundesbürger fühlen sich heute fitter als in der Vergangenheit. Nur eine Minderheit ist durch ihren Gesundheitszustand im Alltag eingeschränkt. Das ergab eine Untersuchung des Robert-Koch-Instituts. Gestiegen ist lediglich die Zahl der Diabetiker.

---

22.06.2013

### **Föderalismusreform gescheitert**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 20. Juni 2013 in Berlin anlässlich der Diskussion um den Länderfinanzausgleich erneut darauf verwiesen, dass die Föderalismusreformen in wichtigen Teilen gescheitert sind. „Die Debatte um den Finanzausgleich muss geführt werden, aber sie greift noch zu kurz“, sagte der dbb Chef zur vom ehemaligen Finanzministers Hans Eichel vorgeschlagenen Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

„Wer über einheitliche Lebensverhältnisse und Ausstattungsstandards mit öffentlichen Einrichtungen spricht, muss auch über Personalausstattung im öffentlichen Dienst sprechen – denn ohne qualifizierte Leute können Sicherheit, Gesundheit und Bildung nicht auf gleich hohem Niveau gewährleistet werden“, so [Dauderstädt](#). „Weil die Bundesländer wegen der unterschiedlichen Bezahlung ihrer Beschäftigten zunehmend stark auseinanderdriften, gerät das Niveau öffentlicher Dienstleistungen schon heute gefährlich ins Wanken. Vor diesem Hintergrund muss man klar sagen: Die [Föderalismusreform](#) ist insoweit gescheitert. Seit die Länder die Hoheit über die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten haben, wird die Situation immer schlimmer. Verdienstunterschiede von mehreren hundert Euro je nach Bundesland bei vergleichbaren Tätigkeiten sind keine Seltenheit.“

### **Neu für die Reisezeit: Internet-Sicherheitsbrief zum Thema „Im Urlaub sicher ins Netz“ veröffentlicht**

Im Urlaub müssen Sie nicht auf Ihren Laptop oder Ihr Smartphone verzichten. Auch auf Reisen können Sie im Internet surfen. Der aktuelle Internet-Sicherheitsbrief der BAGSO und Deutschland sicher im Netz gibt vor allem der Generation 60plus wichtige Hinweise für das sichere Online-Gehen im Urlaub.

Link zu den BAGSO-Sicherheitsbriefen:

<http://www.bagso.de/verbraucherthemen/internet.html#c4586>

Download für den Internet-Sicherheitsbrief 3/2013:

[http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/InternetWoche/Internet-Sicherheitsbrief\\_Im\\_Urlaub\\_sicher\\_ins\\_Netz\\_final.pdf](http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/InternetWoche/Internet-Sicherheitsbrief_Im_Urlaub_sicher_ins_Netz_final.pdf)

### **Auto beschädigt? Zentralruf der Autoversicherer hilft!**

Oft steht man am Ende der Parkzeit vor seinem beschädigten Fahrzeug und kann nur Anzeige gegen „Unbekannt“ machen. Kennt man jedoch das Kennzeichen des Gegners, hat man eine gute Chance. Hat Ihnen jemand Ihr Auto beschädigt, notieren Sie sich sofort das Kennzeichen, rufen Sie auf jeden Fall die Polizei (110), machen Sie, wenn möglich, Fotos von der Unfallstelle und der Beschädigung. Mit Hilfe des Kfz-Kennzeichens und den Angaben im Unfallbericht der Polizei erhalten Sie aus dem Inland über die kostenfreie Rufnummer des Zentralrufs der Autoversicherer (Hamburg) 0800 250 260 0, aus dem Ausland über die Festnetznummer 0049 40 300 330 300 die Versicherung des Unfallverursachers, um den Schaden möglichst schnell beheben lassen zu können. Auf Wunsch werden Sie auch direkt mit diesem verbunden, um den Schaden zu melden; gleichzeitig wird Ihnen dann vom Versicherer eine Schadensnummer mitgeteilt. Die Internet-Adresse für mehr Informationen lautet [www.gdv-dl.de/zentralruf.html](http://www.gdv-dl.de/zentralruf.html).

### **Der gute Rat – er muss nicht immer Teuer sein: Auch beim Berliner Testament ist Vorsicht geboten!**

Gerade beim so beliebten, gemeinschaftlich verfassten Ehegattentestament in der Variante des Berliner Testaments ergeben sich häufig Zweifelsfragen. Die Ehegatten setzen dabei gern den überlebenden Partner zum Alleinerben ein- und gleichzeitig ihre gemeinsamen Kinder zu Erben des länger lebenden Elternteils. Aber: Zur Vorsicht rät Jürgen G. Maurer, Rechtsanwalt und Mediator aus St. Johann, in einem Beitrag für die „Mainzer Rhein-Zeitung“ (Ausgabe vom 13.06.2013): Die Folgen könnten fatal sein. Dieses Testament binde zwar den überlebenden Ehegatten, ohne dass er es noch abändern könnte. Für ihn entstehe aber eine Situation mit eingeschränkter Verfügungsbefugnis. Der gute Rat des Experten: Auch in einem Berliner Testament sollte dringlich über eine Freistellungsklausel nachgedacht werden.

## ***Aktuell 13/13***

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

10.07.2013

### **Das Altersgeldgesetz des Bundes hat den Bundesrat passiert**

Das Altersgeldgesetz des Bundes hat am 05.07.2013 den Bundesrat passiert und damit die letzte parlamentarische Hürde genommen. Das Gesetz sieht vor, dass künftig freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten die Möglichkeit haben, anstelle der bislang obligatorischen Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) gegenüber dem vorherigen Dienstherrn im Bundesbereich einen Anspruch auf Gewährung von Altersgeld geltend machen können. Damit sei, so der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt, eine vom DBB seit Langem erhobene Forderung erfüllt.

### **„Ratgeber für Patientenrechte“**

Eine neue Broschüre „Informiert und selbstbestimmt - Ratgeber für Patientenrechte“ informiert über wichtigste Eckpunkte: Drei Monate nach Inkrafttreten des Patientenrechtegesetzes hat am 26. Juni 2013 Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gemeinsam mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöllner, eine umfassende Informationsbroschüre für Bürgerinnen und Bürger vorgestellt. Der Ratgeber bietet eine verständliche Darstellung und Erläuterung der Rechte der Patientinnen und Patienten. Minister Bahr betonte: „Es ist uns gelungen, mit dem Patientenrechtegesetz zum einen die Rechte gesetzlich zu fixieren und zu stärken und zum anderen auch mit Hilfe dieser Broschüre die Bevölkerung darüber zu informieren.“

Zur Zeit steht die neue Broschüre nur zum Downloaden zur Verfügung:

[http://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Patientenrechtegesetz/Ratgeber\\_fuer\\_Patientenrechte.pdf](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Downloads/P/Patientenrechtegesetz/Ratgeber_fuer_Patientenrechte.pdf)

### **Sturzprophylaxe**

Wir alle wünschen uns, bis ins hohe Alter beweglich und mobil zu bleiben, um all das zu tun, was uns wichtig ist und was uns Freude macht, und um unseren Alltag selbständig zu gestalten. Für ältere Menschen macht körperliche Beweglichkeit einen ganz wichtigen Teil der Lebensqualität und der Gesundheit aus. Die Broschüre „Sicher gehen – weiter sehen: Bausteine für Ihre Mobilität“ (5. Auflage, 2012) informiert über das Sturzrisiko im Alter, enthält einen einfachen Selbsttest und gibt viele Hinweise, wie Sie Stürzen vorbeugen können und wo Sie dazu Beratung und Unterstützung bekommen können. Die Adressenübersicht und weitere Informationen, Seiten 52 – 66, sind speziell auf Hamburg zugeschnitten.

Die Broschüre steht als **Download** zur Verfügung.

<http://www.hamburg.de/contentblob/895024/data/sicher-gehen-broschuere-2012.pdf>

### **Gesundheit könnte erheblich teurer werden**

Bekanntlich kämpft Rot-Grün für die Schaffung einer Bürgerversicherung an Stelle von privaten und gesetzlichen Krankenkassen. Eine Studie zeigt, schon mittlere Einkommen würden dabei empfindlich belastet. 900 Euro pro Jahr müsste nach dem SPD-Konzept ein Haushalt mit 36.000 Euro Jahresnettoeinkommen mehr zahlen.

### **Stromkunden – die neuen „Melkkühe“ der Nation**

Deutschlands „Ökostromerzeuger“ erhielten für die in ihren Anlagen erzeugte Energie im Jahr 2012 rund 20 Milliarden Euro. Der Marktwert dieses Stroms betrug nach Auffassung unvoreingenommener Experten jedoch nicht einmal drei Milliarden Euro – die restlichen 17 Milliarden zahlten damit die deutschen Stromverbraucher zwangsweise auf Basis der nach dem EEG (Erneuerbaren Energiegesetz) festgelegten „Ökozulage“.

---

## **Aktuell 14/13**

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

20.07.2013

### **dbb kritisiert Schaden durch Föderalismusreform: Einheitlichkeit der Besoldung geht verloren**

Dass jedes Bundesland in Folge der Föderalismusreform seine Beamten mehr oder weniger nach Kassenlage bezahlt, hat der dbb Bundesvorsitzende kritisiert. Dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013) sagte Dauderstädt: Nimmt man alle Beamtenberufe zusammen, dann „klafft zwischen Berlin und Bayern eine Besoldungslücke von fast 20 Prozent. Jedes Land macht bei der Besoldung inzwischen, was es will, und die Einheitlichkeit der Bezahlung geht vollends verloren.“ Ein Studienrat in Brandenburg (A13) steige bei 3.190 Euro ein, in Bayern dagegen beginne das Berufsleben des Lehrers bei 3.574 Euro. Bei solchen Unterschieden „liegen die Abwerbe-Effekte auf der Hand“, sagte der dbb Chef.

Dauderstädt äußerte sich auch zur Willkür der Bundesländer bei der Übernahme des aktuellen Tarifabschlusses für die Landes- und Kommunalbeamten. Bei den Tarifangestellten, die streiken dürfen, hatten sich die Länder im Frühjahr auf eine Erhöhung um 5,6 Prozent in zwei Stufen verständigt. Bei den Beamten, die nicht streiken dürfen, gebe es dagegen eine Erhöhung nach Kassenlage. „Die armen Länder werden nicht nur bei der Nachwuchsgewinnung den Kürzeren ziehen und mittelfristig geschwächt“, so der dbb Chef. „Ein schlecht bezahlter öffentlicher Dienst verliert über kurz oder lang seine Qualität und Leistungsfähigkeit.“

### **dbb Mitgliederwerbung läuft erfolgreich**

Die Werbung von neuen Mitgliedern in den Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb läuft sehr erfolgreich: Fast 20.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich im vergangenen Jahr dazu entschieden, der für sie zuständigen Fachgewerkschaft beizutreten.

Damit gehörten den dbb Gewerkschaften Ende des Jahres 2012 genau 1.271.563 Mitglieder an, davon 906.820 Beamtinnen und Beamte und 364.743 Tarifbeschäftigte. Bei den absoluten Zuwächsen an Mitgliedern lagen die Gewerkschaften komba, VBE, DSTG, DPhV, GDL und DPoIG vorne. Der dbb unterstützt die Werbung neuer Mitglieder durch die Fachgewerkschaften zentral mit einer Werbeaktion, die unter anderem eine attraktive Verlosung umfasst.

### **Bitte vormerken: Eine neue Notrufnummer: 116 117**

Seit einem Jahr gibt es die kostenlose Notrufnummer 116 117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes. Sie ist für Patienten mit vergleichsweise leichten Beschwerden gedacht, während die bundesweite Notrufnummer 112 für akute Fälle zur Verfügung steht. In Baden-Württemberg sowie Teilen des Saarlandes, Hessens und Rheinland-Pfalz wird 116 117 erst ab 2014 zu erreichen sein.

### **Front gegen Einführung der Bürgerversicherung**

Die Bürgerversicherung ist auch ein Anschlag auf das Berufsbeamtentum in der jetzigen Form. Erst will man sie in die gesetzliche Krankenversicherung zwingen und dann? Der nächste Schritt ist dann wohl der Versuch der Abschaffung der eigenständigen Versorgung der Beamtinnen und Beamten durch Zwangsmitgliedschaft in der Rentenversicherung.

Rechnen würde sich die „Zwangsvereinnahmung“ der Beamten/innen in die gesetzliche Krankenversicherung auch nicht für den Dienstherrn. Was er an Beihilfe spart, legt er als Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung allemal hin.

Eine kleine „Denkschrift“ des Verbandes der Privaten Krankenversicherer, die weitere allgemeine Argumente - nicht nur Beamtinnen und Beamte, auch andere sind betroffen - gegen die Einführung der Bürgerversicherung aufführt, ist beigefügt. Sie können diese auch im Internet als pdf.datei herunterladen.

[https://bestellungen.pkv.de/w/files/shop\\_positionspapiere/buergerversicherung\\_kurzbrosch\\_18w.pdf](https://bestellungen.pkv.de/w/files/shop_positionspapiere/buergerversicherung_kurzbrosch_18w.pdf)

## **Aktuell 15/13**

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der [vbba](#) ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

29.07.2013

### **Beamtenpensionen sind bundeseinheitlich in Artikel 33 des Grundgesetzes geschützt**

Zu der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann angestoßenen Diskussion über die Beamtenpensionen hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt klargestellt, dass sich der Staat als Dienstherr nicht vor den berechtigten Ansprüchen seiner Beamtinnen und Beamten verstecken könne.

„Ministerpräsident Kretschmann sieht die Stabilität der Staatsfinanzen seines Landes durch Ausgaben für künftige Beamtenpensionen gefährdet und hat deshalb seine Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, nach der Sommerpause gemeinsam über die Beamtenversorgung nachzudenken. Das kann für jetzige wie künftige Versorgungsempfänger nur eine Reform mit Minuszeichen erwarten lassen“, sagte Dauderstädt in Berlin.

„Vernünftigerweise haben die Staatsregierungen in Wiesbaden und München schnell reagiert und signalisieren, keinen solchen Bedarf zu sehen oder sich an solchen Runden nicht zu beteiligen“, stellte der dbb Chef fest und verwies darauf, dass die von Kretschmann benutzte Formulierung, bei den Pensionen handele es sich um „versteckte Pensionslasten“ völlig unverständlich sei. „Der öffentliche Dienst und seine Kosten sind durch die Personalhoheit der öffentlichen Hand langfristig präzise vorhersehbar“, stellte Dauderstädt klar, „Versetzungen in den Ruhestand sind keine Überraschungen für den Fiskus. Jeder ordentliche Haushaltsvorstand pflegt, seine Verbindlichkeiten einzuplanen und bei seinem Ausgabeverhalten zu beachten. Das gilt auch und erst recht für Vater Staat – er kann sich nicht verstecken.“

Im Übrigen erinnerte Dauderstädt daran, dass zwar mit der Föderalismusreform 2006 Zuständigkeiten auch zu versorgungsrechtlichen Fragen auf die Länder übergangen, der Kern der Beamtenversorgung aber nach wie vor bundeseinheitlich in Artikel 33 des Grundgesetzes geschützt und daher nicht disponibel sei.

### **Anzahl der Versorgungsempfänger um ca. 2,4 Prozent zugenommen**

Im Jahr 2012 hat die Anzahl der Ruhegehaltsempfänger des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Jahr 2011 um ca. 2,4 Prozent zugenommen. Zugleich sind ein konstant niedriger Umfang der Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit und ein hoher Stand des Erreichens der Antrags- und Regelaltersgrenze zu verzeichnen.

### **Private Krankenversicherung (PKV) schaltete auf Attacke**

Für eine Senkung der Versicherungsobergrenze setzt sich der neue Vorsitzende des Verbandes der privaten Krankenversicherungen (PKV), der Debeka-Chef Uwe Laue (Koblenz), ein. Zwei Monate vor der Bundestagswahl 2013 schaltet die PKV-Branche im Kampf gegen die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen favorisierte Bürgerversicherung auf Attacke. Der 57-jährige Uwe Laue, der lange Zeit für eher moderate Töne in der gesundheitspolitischen Debatte bekannt war, gibt sich in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ deutlich konfrontativer. Der dbb hat erneut unmissverständlich ihre Ablehnung der Bürgerversicherung artikuliert

### **In Deutschland drohen Milliardenkosten durch Finanztransaktionssteuer**

Das Deutsche Aktieninstitut (DAI) und die Managementberatung Oliver Wyman haben Zahlen vorgelegt, die Privatanleger und Unternehmen aufhorchen lassen. Demnach summieren sich die Auswirkungen durch die geplante Finanztransaktionssteuer auf jährlich 5,0 Milliarden Euro bis 7,3 Milliarden Euro. Allein Privatanleger müssten demnach jährlich 2,6 Milliarden Euro bis 3,6 Milliarden Euro schultern, weil die Steuer fast alle Altersvorsorge-Produkte betreffe. Ein durchschnittlicher Riester-Fonds-Sparer müsste dann Berechnungen zufolge auf gut 10 Prozent dieser staatlich geförderten Rente verzichten.

## **Aktuell 16/13**

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

10.08.2013

### **Anhebung der Gerichtsgebühren zum 01.08.2013**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Anhebung der Gerichtsgebühren in Deutschland um bis zu 18 Prozent zum 1. August 2013 zum Anlass genommen, auf die weiter wachsende Bedeutung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes hinzuweisen. In Berlin erklärte Dauderstädt heute dazu: „Natürlich müssen auch die Gerichtsgebühren an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst werden. Es droht aber zunehmend die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger immer öfter aus rein finanziellen Gründen davor zurückschrecken, ihre berechtigten Interessen notfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Das kann nicht im Sinne des Rechtsstaates sein.“

Umso wichtiger, so der dbb-Chef weiter, sei der gewerkschaftliche Rechtsschutz: „Für seine Mitglieder stellt der dbb im Rahmen seiner Rechtsschutzordnung den ungehinderten Zugang zu den deutschen Gerichten sicher. Hier darf Geld keine Rolle spielen. Das ist eine Frage der gewerkschaftlichen Solidarität.“ Das finanzielle Risiko eines Gerichtsprozesses steigt zudem dadurch, dass neben der Gebühren für die Gerichte auch die Gebührenordnungen für Anwälte und Notare zum 1. August um 12, respektive 15 Prozent erhöht werden.

### **Bundesgerichtshof (BGH): Kinder müssen Eigenheim nicht versilbern**

Eine frohe Botschaft für die ältere Generation kommt aus Karlsruhe: Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich erneut hinter erwachsene Kinder gestellt, deren Eltern die Kosten für ihren Heimaufenthalt nicht aus eigener Tasche bezahlen können. Bei der Berechnung des Vermögens der Kinder zur Festsetzung des Elternunterhalts müssen die Eigenheime der Kinder „grundsätzlich unberücksichtigt bleiben“, weil sie für deren eigene Altersvorsorge dienen. Das entschied der BGH mit Urteil vom 07.08.2013 (AZ: XII ZR 269/12)

### **Sicher Autofahren auch im Alter – Forscher geben Broschüre heraus**

Einen kostenlosen Ratgeber zum Thema „Sicher Autofahren im Alter“ hat die gemeinnützige Alzheimer Forschung Initiative (AFI) zusammengestellt. Der Ratgeber enthält Checklisten, die Fahrern helfen, mögliche Probleme beim Autofahren zu erkennen. Die Broschüre ist telefonisch abrufbar unter der Nr. 0211/8620660 oder per E-Mail über [info@alzheimer-forschung.de](mailto:info@alzheimer-forschung.de).

### **Preise stiegen stärker als die Sozialrenten – Kaufkraftverlust enorm**

Die Renten in Deutschland haben seit 2004 deutlich an Kaufkraft verloren. Nach Berechnungen des Sozialverbands Deutschland (SoVD) können sich Rentner im Westen von ihren monatlichen Bezügen heute fast 12 Prozent weniger leisten als noch vor der damaligen Rentenreform. Für den Osten beziffert der Verband den Kaufkraftverlust auf fast acht Prozent.

### **Sparer verlieren Milliarden Euro – Inflation nagt an den Guthaben**

Die extrem niedrigen Zinsen in Europa kosten deutsche Sparer Milliarden Euro. Nach Berechnungen der Deutschen Postbank verlieren die Sparvermögen bei Banken in Deutschland allein in diesem Jahr real rund 14 Milliarden Euro an Wert. Auch in den Folgejahren werde die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) immer größere Teile der Ersparnisse aufzehren.

### **Versicherungsunternehmen müssen deutlich höhere Reserven anlegen**

Der deutsche Allianz-Konzern und acht weitere weltweit bedeutende Versicherungsunternehmen müssen künftig höhere Kapitalreserven zur Abwehr von Finanzkrisen vorhalten. Sie werden in einer ersten Liste systemrelevanter Versicherer aufgeführt, deren Zusammenbruch nach Einschätzung von Experten das weltweite Finanzsystem gefährden würde.

---



## **Aktuell 17/13**

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der vbba ; Tel. 05741/1404 – vbbagrapp@t-online.de

19.08.2013

### **Wenn die Politik über bösartige Eingriffe nachdenkt !**

„Die Zinsen sind deutlich niedriger als die Inflationsrate!“ Diese Prämisse ruft der Seniorenverband BRH in Erinnerung und rückt unter diesem Motto im Rahmen einer Senioren-Gesprächsrunde anlässlich des 60-jährigen Bestehens des BRH in Lengerich die Problematik einmal mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. So würden die Spareinlagen der Bürger in 2013 allein 14 Milliarden Euro an Wert verlieren. Das rufe besonders bei den älteren Menschen, die sich eine (bescheidene) Rücklage angespart haben, Sorgen aus. Gerade für die Menschen mit geringerem Einkommen, die nur mit Mühe etwas Geld beiseitelegen können, sei der Werteverlust ärgerlich. – Aber gerade für Senioren ist eine andere Entwicklung bedeutsamer. Sie haben sehr wohl die Signale aus Baden-Württemberg vernommen, die die Beamtenversorgung im öffentlichen Dienst im Auge haben und über beabsichtigte bösartige Eingriffe nachdenken.

### **Experten sehen Rente mit 70 ab 2030 unausweichlich**

Die steigende Lebenserwartung und der rasche Anstieg der Rentenbezugsdauer erfordern aus der Sicht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) die Einführung der Rente mit 70. IW-Präsident Michael Hüther plädiert deshalb für die Einführung der Rente mit 70 ab 2030. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung (DRV) beziehen Senioren im Schnitt 19 Jahre lang Rente – das sind sechs Monate mehr als noch 2011. Seit 1995 hat sich die Bezugsdauer demnach sogar um mehr als drei Jahre verlängert. 1995 wurden Renten im Schnitt 15,8 Jahre lang gezahlt.

### **Keine Verpflichtung zur pauschalen Gesundheitsauskunft**

Versicherungen dürfen ihre Kunden nicht zu einer pauschalen Gesundheitsauskunft verpflichten. Das bekräftigte das Bundesverfassungsgericht in einem am 13.08.2013 veröffentlichten Beschluss (1 BvR 3167/08)

### **Pflege wird für viele Mitmenschen zum Luxusgut**

Der finanzielle Aufwand, den Pflegebedürftige für ihre Versorgung selbst leisten müssen, ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Ein Schwerstpflegebedürftiger muss pro Monat rund 757 Euro zuzahlen – Unterkunft und Verpflegung sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Das geht aus einer Untersuchung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK hervor. Im Jahr 1999 lag der Eigenanteil noch bei nur 545 Euro pro Monat.

### **Senioren im Internetauftritt des Deutschen Beamtenbundes**

Auf der Homepage des Deutschen Beamtenbundes findet man jetzt neben dem Bereich für Frauen und Jugend auch den für Senioren.

<http://www.dbb.de/ueber-uns/senioren.html>

Dort wird zur dbb Bundesseniorenvertretung berichtet, insbesondere zum ersten Bundesseniorenkongress unter dem Motto „ALTER?(nativ)LOS! - dbb Bundesseniorenvertretung“, bei dem die Bundesseniorenvertretung am 18. und 19. November 2013 in Berlin gegründet werden soll. Es besteht ein Link zur Satzung der dbb Bundesseniorenvertretung:

[http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/Senioren/2013/130718\\_dbb\\_bundesseniorenvertretung\\_satzung.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/Senioren/2013/130718_dbb_bundesseniorenvertretung_satzung.pdf)

und ein Link zum Ablaufplan für den ersten Bundesseniorenkongress:

[http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/Senioren/2013/130718\\_bundesseniorenkongress\\_zeitplan.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/Senioren/2013/130718_bundesseniorenkongress_zeitplan.pdf)

Sehr wichtig ist der Link zu den Ausgaben von „Aktiv im Ruhestand“. Die Verbandszeitschrift kann jetzt jeder lesen, auch ohne Mitglied im Seniorenverband BRH und damit im dbb zu sein. Sie verliert damit an Bedeutung für die Mitgliederwerbung, dient so aber mehr der Offenheit in der Gesellschaft.

<http://www.dbb.de/ueber-uns/senioren/aktiv-im-ruhestand.html>

## **Aktuell 18/13**

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

02.09.2013

### **dbb: Altersversorgung eignet sich schlecht als Wahlkampfthema**

Der dbb Bundesvorsitzende Dauderstädt hat davor gewarnt, eine neuerliche Neiddebatte um Beamtenpensionen in den Bundestagswahlkampf hineinzutragen. Die Altersversorgung sei eine ernste Angelegenheit, die sich nicht als hochgespieltes Wahlkampfthema eigne, sagte Dauderstädt der „Rheinischen Post“. Der dbb Chef widersprach zugleich den Ankündigungen von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zu einer Begrenzung der Beamtenversorgung. „Bei dem Thema Pensionen hat sich der SPD-Kanzlerkandidat vergaloppiert“, so Dauderstädt.

„Peer Steinbrück bereut sicher, was er da von sich gegeben hat“, so Dauderstädt weiter. Beim TV-Duell mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 1. September hatte der Herausforderer angekündigt, künftig die Pensionen in ihrer Entwicklung an die gesetzliche Rentenversicherung zu koppeln. „Wenn er die [Beamtenversorgung](#) an die gesetzliche Rentenversicherung koppeln will, verkennt er die eindeutige Rechtslage“, stellte der dbb Bundesvorsitzende dazu fest. Es handele sich um zwei verschiedene Systeme. Offensichtlich habe Steinbrück auch aus den Augen verloren, dass die Entwicklung gar nicht so unterschiedlich verlaufen sei: „Zwischen 1993 und 2012 sind die Pensionen um 28 Prozent und die Renten um 25,5 Prozent gestiegen.“

Zugleich erinnerte er daran, dass die Beamtenversorgung in den vergangenen Jahren nicht ungeschoren geblieben sei. Ein Nachhaltigkeitsfaktor sei eingezogen, und die Höchstruhestandsgehälter seien von 75 auf 71,75 Prozent des letzten Gehalts abgesenkt worden. Auch beteiligten sich die Beamten an den Versorgungskosten. „Wir haben die Beamten genötigt, 0,2 Prozent von jeder Besoldungserhöhung in die Versorgungsrücklagen einzubringen.“ Mit diesen Entscheidungen habe es ein „gewisses Niveaueingleichungsverfahren“ gegeben.

### **Private Krankenversicherung unter keinem guten Stern**

Die nächste Bundestagswahl am 22.09.2013 steht für die private Krankenversicherung (PKV) unter keinem guten Stern. SPD und Bündnis 90/die Grünen wollen im Falle eines Wahlsieges mit der Einführung der Bürgerversicherung das Ende der privaten Krankenvollversicherung in der jetzigen Form einläuten. Aber auch CDU/CSU und FDP kündigen tiefgreifende Veränderungen an – und wollen für mehr Wettbewerb unter anderem durch eine komplette Portabilität der Altersrückstellungen sorgen. Im Kern geht es offensichtlich nur um die Auflösung und Individualisierung der kollektiven Altersrückstellungen in der PKV im Volumen von inzwischen stolzen 155 Milliarden Euro. (

### **Hunderttausende Patienten bekommen keine Hilfsmittel**

Die gesetzlichen Krankenkassen lehnen jährlich in hunderttausenden Fällen Zahlungen an ihre Versicherten ab. Das geht aus Daten des Medizinischen Dienstes (MDK) der gesetzlichen Krankenkassen hervor. Bei fast 700.000 Überprüfungen zu Reha-Leistungen kamen die MDK-Ärzte 2012 in 39 Prozent der Fälle zu dem Ergebnis: Medizinische Voraussetzungen nicht erfüllt.

### **Kein unbeschränkter Anspruch auf teure Untersuchungen**

Kranke Menschen haben keinen unbeschränkten Anspruch auf teure medizinische Untersuchungen. Das hat das Sozialgericht Frankfurt (Main) entschieden und damit die Klage eines krebskranken Menschen abgewiesen. Der inzwischen verstorbene Mann wollte durchsetzen, dass ihm seine Kasse das Geld für ein neues aufwendiges Diagnostikverfahren erstattet.

---

## **Aktuell 19/13**

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

07.09.2013

### **Broschüre "Medikamente im Alter: Welche Wirkstoffe sind ungeeignet"**

Die vorliegende Publikation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liefert, gegliedert nach Krankheitsbildern, älteren Menschen, deren Angehörigen und den Pflegenden eine allgemeinverständliche Version der sogenannten PRISCUS-Liste. Mit ihr haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erstmals für Deutschland eine Übersicht von Medikamenten vorgelegt, die für ältere Menschen ungeeignet sein können. Die Liste beschreibt mehr als 80 Wirkstoffe und deren wichtigsten Nebenwirkungen. Auch die Stiftung Warentest hat in ihrem jüngsten Test-Heft 9/2013 einen Artikel zu diesem Thema.

Die Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung steht im Internet als Download zur Verfügung oder kann auch in gedruckter Form per Telefon oder Fax bestellt werden:

<http://www.bmbf.de/publikationen/index.php?O=1&S=Medikamente#pub>

[http://www.bmbf.de/pub/priscusbroschuere\\_medikamente\\_im\\_alter.pdf](http://www.bmbf.de/pub/priscusbroschuere_medikamente_im_alter.pdf)

Best-Nr.: 30751

**Schriftliche Bestellung an:** Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, **oder per** Tel.: 01805 – 77 80 90, Fax: 01805 – 77 80 94, (14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk max. 42 Cent/Min.) **oder per** E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)

### **So denken und leben die Deutschen im Alter**

In der **Generali Altersstudie 2013** des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Lebenssituation Älterer finden sich Antworten dazu, wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Altbekannte Meinungen zum Denken und Leben Älterer sind überholt. Die 65- bis 85-Jährigen sind mehrheitlich weder vereinsamt noch unzufrieden, weder arm noch antriebslos. Sie engagieren sich in der Familie, üben Hobbys aus, gehen eigenen Interessen nach, und viele sind bürgerschaftlich aktiv. Damit kompensiert die ältere Generation in gewissem Umfang die negativen Folgen einer insgesamt alternden Gesellschaft.

Die vom Institut für Demoskopie Allensbach erarbeitete repräsentative Studie offenbart neben Licht aber auch Schatten: Viele ältere Menschen fürchten bei nachlassenden Kräften und schwindender Gesundheit ihre Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit zu verlieren.– entsprechend klar äußern sie ihre Erwartungen an den Staat, für unterstützende Rahmenbedingungen Sorge zu tragen. Die Altersstudie enthält neben der quantitativen Befragung zahlreiche Schaubilder und Tabellen sowie Auszüge aus Tiefeninterviews, themenbezogene weiterführende Informationen, Analysen und Kommentare.

Schriftenreihe (Bd. 1348), Bestellnummer: 1348, **Seiten: 592, Preis 4,50 €**

Sie können Leseproben herunterladen und die Broschüre bestellen unter dem Link

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/151549/generali-altersstudie-2013>

**Bundeszentrale für politische Bildung**, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Tel 0228 99515-115 (Kundenberatung), Fax 0228 99515-113, E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

### **Finanzgericht Niedersachsen: Solidaritätszuschlag verfassungswidrig**

Das Niedersächsische Finanzgericht in Hannover hält den Solidaritätszuschlag für verfassungswidrig, weil, so berichtet die „F.A.Z.“ in ihrer Ausgabe vom 23.08.2013, Aufschläge auf die Einkommensteuer nur für Notlagen erlaubt sind, der mit 5,5 Prozent seit 1995 verhängte Zuschlag aber bereits zu lange auferlegt werde. Der siebte Senat habe das dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vorgelegt mit der Bitte um eine Vorabentscheidung.

### **Medikamente für Hausapotheke nur mit Rezept absetzbar**

Medikamente für die Hausapotheke sind nur dann steuerlich absetzbar, wenn sie auch von einem Arzt verordnet wurden. Das hat das Finanzgericht Rheinland-Pfalz entschieden (AZ: 5 K 2157/12).

## **Aktuell 20/13**

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

23.09.2013

### **Selbstverständlich zahlen Beamte für ihrer Versorgung**

Wenn eine Gruppe in unserer Gesellschaft sich an der finanziellen Ausgestaltung ihrer späteren Altersversorgung beteiligt, dann sind es entgegen allen anderslautenden Unkenrufen die Beamten. Im Besoldungsreformgesetz des Jahres 1957 ist festgeschrieben, dass die Grundgehälter der Beamten um sieben Prozent als Beitrag zur Versorgung gekürzt werden. In der amtlichen Begründung zum Bundesbeamtengesetz (Bundestagsdrucksache I/2846, S. 35) heißt es: „Die Beamtenbesoldung ist gerade mit Rücksicht auf die Versorgung niedrig gehalten.“ Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) führt in seinem Urteil vom 29.06.1961 aus: „Auch der Nur-Beamte hat sich seine Versorgung durch seine Leistungen verdient, seine Bezüge während der aktiven Dienstzeit sind entsprechend niedriger und bleiben es gegebenenfalls auch während jener Dienstjahre, die sich nicht mehr pensionserhöhend auswirken.“ In seiner vielbeachteten Entscheidung in Sachen Rentenbesteuerung vom 06.03.2002 (AZ: 2 BvL 17/99) hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erneut klargestellt: „Bei Beamten berücksichtigt der Dienstherr bei der Gehaltszahlung die von ihm zu tragenden Versorgungslasten.“

### **dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: Einseitige Belastungen der Beamtenschaft sind unzulässig**

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra ist überzeugt: Unter dem Joch der ‚Schuldenbremse‘ muss mit den Beamten ausgerechnet die Gruppe für das haushalterische Versagen der Politik am meisten zahlen, die sich am wenigsten dagegen wehren kann. Bund und Länder müssten laut Verfassung bestimmte Aufgaben erfüllen. Das täten sie entsprechend mittels auf die Verfassung vereidigten Personals. „Dieses Personal hat daher auch einen Fürsorgeanspruch. Einseitige Belastungen der Beamtenschaft sind nicht zulässig“, so Benra am 11. September 2013 in Mainz auf der Diskussionsveranstaltung „Öffentlicher Dienst: Motivationskiller Föderalismusreform“ des dbb rheinland-pfalz.

### **Baldige Erhöhung des Pflegebeitrages in Sicht**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) hat in der ARD angekündigt, die Pflegebeiträge innerhalb der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages anheben zu müssen. Die Regierungschefin wörtlich: „Wir wollen das schrittweise tun, denn wir werden mehr Pflegebedürftige haben und die Pflegeversicherung braucht mehr Geld, damit die Leistungen besser entlohnt werden können und sich die Bedingungen in der Pflege verbessern.“

### **Impfmethode gegen Krebs entwickelt**

Forschern des Paul-Ehrlich-Instituts ist es gelungen, eine Besonderheit von Krebszellen für einen gezielten immunologischen Angriff zu nutzen. Mit einem Impfstoff, der gegen endogene Retroviren gerichtet ist, gelang es, bei Mäusen das Fortschreiten des Tumorwachstums deutlich zu bremsen. Durch prophylaktische Impfung ließ sich sogar die Entstehung des Tumors verhindern. Die Pressemitteilung des PEI mit weiteren Informationen finden Sie hier:

<http://www.pei.de/DE/infos/presse/pressemitteilungen/2013/06-relikte-aus-grauer-vorzeit-angriffspunkt-fuer-impfung-gegen-krebs.html>

### **Neuer BAGSO-Internet-Sicherheitsbrief: Thema „Ihre Fotos, Musik und Videos im Netz“**

Fotos im Internet ansehen oder online Musik hören ist für viele ein beliebter Zeitvertreib im Netz. Über kostenlose Plattformen können Sie Ihre digitalen Bilder hochladen und beispielsweise mit Ihrer Familie oder Bekannten teilen. Der aktuelle Internet-Sicherheitsbrief bietet zentrale Punkte, worauf Sie bei der Nutzung der Daten achten sollten. Die aktuelle Ausgaben des Internet-Sicherheitsbriefs finden Sie unter:

[http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/InternetWoche/Internet-Sicherheitsbrief\\_04-2013.pdf](http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/InternetWoche/Internet-Sicherheitsbrief_04-2013.pdf)

---

04.10.2013

### **„Unvollendetes vollenden!“**

Seine Teilnahme am Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart am 3. Oktober 2013 nutzte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt dazu, im Vorfeld anstehender Koalitionsverhandlungen die Politiker daran zu erinnern, dass die Einheit im öffentlichen Dienst unvollendet sei und hier auch nach 20 Jahren noch signifikante Unterschiede zwischen Ost und West bestünden. Er forderte Parlamentarier und Tarifpartner auf, diese nur noch historisch zu erklärenden Differenzierungen abzubauen.

Dabei nannte der dbb-Chef an erster Stelle das Rentenrecht einschließlich der ungelösten Benachteiligungen einiger Berufsgruppen in der DDR, vor allem in den Sektoren Bildung und Gesundheit. Dauderstädt: „Schon in der vergangenen Legislaturperiode hätte dieses Thema nach dem Text der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung angepackt werden müssen. Hier warten wir weiter auf eine Lösung, genauso wie bei der Beseitigung des Ost-West-Gefälles im Tarifrecht der öffentlichen Hand, bei der Bezahlungssystematik und der Unkündbarkeit. Das ist eine Bringschuld der Politiker.“

Der dbb Bundesvorsitzende mahnte, nicht aus den Augen zu verlieren, welch großen Anteil der öffentliche Dienst an der Umsetzung des Wiedervereinigungsprozesses gehabt habe. Tausenden von Kolleginnen und Kollegen sei es zu verdanken, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse unter gemeinsamen rechts- und sozialstaatlichen Grundsätzen damals zügig und geräuschlos vollzogen worden sei.

Mit Blick auf die erwartete dritte Föderalismusreform unterstrich Dauderstädt, wie gefährlich es sei, nur unter Wettbewerbsaspekten diese Einheitlichkeit wieder aufs Spiel zu setzen. Er warnte zugleich vor den Folgen eines immer weiter auseinanderstrebenden Bezahlungssystems im deutschen öffentlichen Dienst. "Wenn wir im europäischen Binnenmarkt für einheitliche Standards bei Arbeitsrecht und Bezahlung werben, sollten wir zunächst unsere Hausaufgaben machen", so der dbb-Chef in Stuttgart.

### **„Alle Jahre wieder“**

Bahnfahren wird teurer. Schlechte Nachrichten für alle Bahnfahrer, aber für ältere Menschen besonders: Pünktlich zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember steigen die Preise, wieder einmal. Die Gründe gleichen sich: Mal Sommerhitze, mal Herbststürme, mal bittere Eiseskälte mit Folgeschäden. Diesmal sind es die Personalkosten. Aus Sicht des Seniorenverbandes BRH NRW sind die Preiserhöhungen nicht gerechtfertigt. Das Bahnfahren wird nämlich gerade für ältere Menschen immer schlechter und teurer. Preiserhöhungen sind da eine Frechheit!

Die Senioren mussten auch im Laufe dieses Jahres viele Entbehrungen auf sich nehmen, Bahn war oft genug ein Abenteuer: Ärger mit Automaten, unverständliche Bahnhofsdurchsagen, überraschende Bahnsteigwechsel, Zugausfälle und -verspätungen, zu hohe gefährliche Bahnsteigkanten, überfüllte und überalterte Wagen, belegte Gänge, schmutzige sanitäre Einrichtungen. Service auf der Strecke für Ältere Mangelware. Dagegen stehen seit Jahren kräftige Gewinne des Konzerns. Verärgert über die neuerliche Attacke der Bahn bat der Seniorenverband BRH NRW darum, die Probleme mit dem Staatskonzern Bahn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der politischen Seniorenorganisationen (LAGSO) im November zu setzen.

### **Frühzeitige Kündigung der Lebensversicherung bleibt kostspielig**

Bei vorzeitiger Kündigung einer Lebensversicherung müssen Kunden auch weiterhin hohe Abschläge hinnehmen. Das folgt aus einer neuen Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH). Das Urteil betrifft vor allem Verträge zur Altersvorsorge zwischen 2001 und 2008.

### **Können trotz niedriger Zinsen Lebensversicherer Zusagen einhalten?**

Bekanntlich macht das niedrige Zinsniveau den Lebensversicherern zu schaffen. Dennoch können sie nach Einschätzung der Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) Elke König mittelfristig ihre Renditezusagen an die Kunden einhalten (Quelle „Wirtschaftswoche“).

22.10.2013

### **dbb: Finanzierung der Beamtenversorgung auf solidere Basis stellen**

Der dbb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat in einem Zeitungsinterview mit dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 08.10.2013) eine Diskussion angeregt, um die Finanzierung der Beamtenversorgung auf solidere Grundlagen zu stellen. „Man könnte darüber nachdenken, ob die Abwicklung der Beamtenversorgung nicht einer gemeinsamen Institution analog der bereits bestehenden Versorgungsanstalt für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst übertragen werden kann.“

### **BRH NRW: Unabhängiger Pflege-TÜV unbedingt erforderlich**

Kritische, von der „BILD“-Zeitung (Ausgabe vom 08.10.2013) veröffentlichte Anmerkungen zu Pflegezuständen in einem mit 1,2 benoteten Pflegeheim in Lübeck haben den BRH NRW veranlasst, nochmals an seine im September vergangenen Jahres erhobene Forderung zu erinnern, einen unabhängigen Pflege-TÜV einzurichten. Dazu erhielt der BRH-Landesvorsitzende Hans Burggraf folgende Mitteilung eines Mitglieds: „Meine Tochter arbeitet in einem privaten Pflegeheim. Der MDK kündigt sich vorher an. Ergebnis der Überprüfung: Regelmäßig eine 1.“

### **Bundesgerichtshof (BGH): Bank darf nicht auf Erbschein bestehen**

Die Erben verstorbener Bank- oder Sparkassenkunden dürfen von den Instituten nicht zur Vorlage eines Erbscheins gezwungen werden, wenn der Nachweis der Erbberechtigung auch in anderer Form (zum Beispiel durch den Erbvertrag oder ein Testament) geführt werden kann. Dies entschied jetzt der Bundesgerichtshof (BGH) – AZ: XI ZR 401/12 – im Fall einer Sparkasse, die in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen eine Klausel untergebracht hatte, nach der die Kunden stets verpflichtet sein sollten, einen Erbschein vorzulegen.

### **Energiewende auf dem Weg in eine finanzielle Katastrophe**

Die von der bisherigen Bundesregierung zu verantwortende Energiewende droht laut NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) für viele ohnehin unter Geldnot leidenden Kommunen im Westen zu einer finanziellen Katastrophe zu werden. Besonders im Ruhrgebiet seien dramatische Folgen zu befürchten. Auch die Bürger müssen sich auf nicht unwesentlich höhere Strompreise einstellen. Die neue Ökostrom-Umlage steigt von derzeit 5,277 Cent auf rund 6,3 Cent je Kilowattstunde ab 2014. Auch das ist eine folgenschwere astronomische Zahl: Im Jahr 2011 haben laut einem Bericht von EU-Beamten die 27 EU-Länder erneuerbare Energien mit 30 Milliarden Euro gefördert.

### **Die Lebenserwartung hat sich von 1995 an deutlich erhöht**

21,5 Jahre lang zahlt die Deutsche Rentenversicherung (DRV) durchschnittlich Renten an Frauen in Rheinland-Pfalz. Männer kommen nur 18,9 Jahre lang in den Genuss der Altersbezüge. 1995 erhielten Frauen 18,3 Jahre lang Rente, Männer 15,8 Jahre lang. Seitdem hat sich die Lebenserwartung deutlich erhöht, so die DRV. In NRW dürfte es nicht viel anders aussehen.

### **Je mehr Kinder, desto weniger Rente für Mütter**

Mütter mit mehreren Kindern erhalten in Deutschland bis zu rund 30 Prozent weniger Rente als kinderlose Frauen. Das geht aus den Antworten der amtierenden Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage hervor. Demnach betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag für kinderlose Frauen im Jahr 2012 651,45 Euro, bei Müttern von vier Kindern waren es dagegen 456,31 Euro.

---

29.10.201

### **Merkblatt des BRH NRW**

Angefügt ist ein Merkblatt des BRH in NRW, das darüber informiert, welche beamtenrechtlichen Hinterbliebenenansprüche beim Todesfall des/der Beamten/-in bzw. Ruhestandsbeamten/-in bestehen. Es ist zwar vorrangig auf landesrechtliche Verhältnisse ausgerichtet, kann aber auch von Versorgungsempfängern des Bundes verwendet werden (s. letzte Seite).

### **Neuer Mobilitäts-Ratgeber mit praktischen Tipps für den Alltag**

Ältere Menschen handeln umweltbewusster als der Durchschnitt der Bevölkerung. Sie bevorzugen regionale Produkte, unterstützen verstärkt Umweltorganisationen und sparen gezielt Strom, indem sie elektronische Geräte wie Fernseher oder Radio komplett ausschalten und nicht „Standby“ laufen lassen. „Während im Bereich Konsum und Energie bereits viele Informationen auch auf Ältere zugeschnitten sind, herrscht beim Thema Mobilität Nachholbedarf“ meint ein Projekt der BAGSO, dem Deutschen Mieterbund (DMB) und des Verkehrsclubs und geben einen Mobilitäts-Ratgeber heraus. »Mobil bleiben – Tipps für eine klimaschonende Mobilität in jedem Alter« heißt die fast 40-seitige Broschüre mit gut verständlichen Informationen und praktischen Ratschlägen für den mobilen Alltag, auf die der Seniorenverband BRH NRW aufmerksam macht.

Da geht es neben Empfehlungen für den Kauf von altersgerechten Fahrrädern oder von komfortablen und gleichzeitig besonders klimaverträglichen Autos auch um Tipps zum Spritfahren, Bahnfahren und umweltbewussten Reisen. Der Ratgeber möchte auch dazu anregen, möglichst viele Wege ohne Auto zurückzulegen, um so Fitness, Gesundheit und das Wohlbefinden auszulösen. Die Broschüre „Mobil bleiben“ ist unter 030/28 03 51-282 abzurufen.

### **Alterssicherung: Alarmierende Zahlen – aber keine Panikmache**

Die Altersarmut betrifft in Deutschland immer mehr Menschen, wobei sie vor allem Frauen und Männer in den westlichen Bundesländern angeht. Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes haben im vergangenen Jahr knapp 465.000 Personen über 65 Jahre Leistungen der Grundsicherung bezogen. Die Zahl der Grundsicherungs-Empfänger ist auf knapp 900.000 gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2011 bedeutet dies einen Anstieg um 6,6 Prozent oder um gut 28.600 Personen. – Das Existenzminimum in Deutschland liegt derzeit bei 727 Euro brutto im Monat. Wer mit weniger auskommen muss, ist arm dran, hat Anspruch auf staatliche Unterstützung. Im Bundesarbeitsministerium warnt man aber vor jeglicher Panikmache: „97,3 Prozent der Senioren kommen mit eigenem Einkommen über die Runden.“

### **Deutsche verlieren Vertrauen in Banken und Sparkassen**

Nur noch geringfügig sind in den vergangenen sechs Monaten die Sparguthaben der Deutschen bei ihren Banken und Sparkassen gestiegen. 20 Prozent der Bürger sparen nicht mehr und die Übrigen halten ihre Ersparnisse liquide. Nicht mehr das klassische Sparbuch – trotz geringfügig höherer Zinsen – wird von den Sparern bevorzugt, sondern das Girokonto, bei dem man im Gegensatz zum Sparbuch sofort statt erst nach dreimonatiger Kündigungsfrist an sein Sparguthaben kommt.

### **Daten und Fakten des neuen Deutschen Bundestages**

631 Abgeordnete gehören dem neuen Deutschen Bundestag an, der am 22.10.2013 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat. Über 311 Sitze verfügt die CDU/CSU-Fraktion, gefolgt von 193 Sitzen der SPD-Fraktion. DIE LINKE kam auf 64 und Bündnis 90/Die Grünen auf 63 Abgeordnetensitze. 229 Frauen schafften es ins Parlament. Die Männer sind mit 402 Mandaten vertreten. 401 Abgeordnete wurden wiedergewählt, 230 zogen neu in die deutsche Volksvertretung ein. Der jüngste Parlamentarier ist 26 Jahre, der älteste 77 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt aller Abgeordneten lag am Wahltag (22.09.2013) bei 49,58 Jahren.

## ***Aktuell 24/13***

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

12.11.2013

### **4-tägige Busreise der vbba nach Wien**

Die in der Sonderausgabe der Senioren/innen AKTUELL 2013/S v. 21.10.2013 beschriebenen Busreise erbrachte nur eine verhaltene Resonanz. Die Reise wird jetzt für alle Mitglieder geöffnet und die Bewerbungsfrist bis **22.11.2013** verlängert. Es wäre schön, wenn sich noch Einige für eine Reisetilnahme entschließen könnten.

### **dbb warnt Koalition: Altersversorgung nicht in Frage stellen**

Im dbb wächst die Sorge, dass eine große Koalition die Altersversorgung des öffentlichen Dienstes in Frage stellen könnte. Eine "Einheitsversicherung" sei kein "Beitrag zur Stabilisierung der Alterssicherungssysteme und nicht finanzierbar", so der bb-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 28.10.2013 vor der Presse in Berlin. Ebenso entschieden warnte er davor, die Beihilfenregelung für Beamte in der Gesundheitsversorgung durch eine sogenannte Bürgerversicherung abzulösen.

### **Ist das Schicksal der Privaten Krankenversicherung besiegelt?**

Das System der privaten Krankenversicherung steckt tief in der Krise. Darüber berichtet die "Welt am Sonntag" (Ausgabe vom 27.10.2013) unter der Überschrift: 'Ausgeliefert'. Während Versicherer und Ärzte davon profitieren, bleibe der Patient auf der Strecke: "An ihm allein bleiben die explodierenden Kosten hängen." Die Sonntagszeitung folgert: "Ganz gleich wie es kommt: Die private Krankenversicherung dürfte in wenigen Jahren völlig anders aussehen als heute - mindestens mit weniger Anbietern und mehr Wettbewerb."

### **Aus der Rechtsprechung: Der Erbe muss im Testament namentlich genannt sein**

In einem Testament ist exakt zu bestimmen, wer erben soll. Aufgrund eines Urteils des Oberlandesgerichts München (Az.: 31 Wx 55/13) muss ein Testament so genau sein, dass es die Bestimmung, wer erben soll, nicht einem anderen überlässt. Der Satz, derjenige soll erben, der "sich bis zu meinem Tod um mich kümmer", sei zu ungenau.

### **Eheleute müssen beide vor Gericht erscheinen**

Ein gemeinschaftliches Testament kann auch nur gemeinsam wieder aufgehoben werden. Bei einem gerichtlichen Vergleich ist die Aufhebung nur dann wirksam, wenn beide Ehepartner bei dem Gerichtstermin anwesend sind. Urteil des Oberlandesgerichts Bremen (Az.: 5 W 18/12). (57/07/2013)

### **Internet-Kostenfallen – Datensicherheit im Internet**

Surfen im Internet macht Freude! Achten Sie dennoch, vor allem beim Umgang mit Ihren Daten und beim Einkauf, auf die Risiken. Tappen Sie nicht in eine sogenannte Kostenfalle, durch die Sie ungewollt zur Kasse gebeten werden. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gibt Ihnen Informationen, wie Sie Kostenfallen erkennen und vermeiden können. Wie man unberechtigte Forderungen nicht bezahlen und zurückweisen kann; wie man gegen Abbuchungen über die Handy- Rechnung vorgehen kann. Die wichtigen Tipps zur sicheren Nutzung, auf neuen Servicekarten des BMELV zusammengestellt, finden Sie hier zum Herunterladen:

[http://www.bmelv.de/DE/Verbraucherschutz/Markt-Recht/Internetkostenfallen/Internetkostenfallen\\_node.html](http://www.bmelv.de/DE/Verbraucherschutz/Markt-Recht/Internetkostenfallen/Internetkostenfallen_node.html)

### **Rentner dürfen hoffen: Schätzer rechnen 2014 mit mehr Geld**

Frohe Kunde für Rentner? Schätzer rechnen für 2014 mit deutlicher Erhöhung der Altersbezüge. Die Rede ist von einer Anhebung der gesetzlichen Renten zwischen 2,0 Prozent im Westen und 2,5 Prozent im Osten Deutschlands. Für einen Durchschnittsrentner wäre das ein Plus von etwa 24 Euro im Westen und 30 Euro im Osten. Die amtierende Bundesregierung hatte für den Westen eine Steigerung von 2,3 Prozent und für den Osten von 2,4 Prozent vorhergesagt. Der Rentenbeitragssatz kann rein rechnerisch Anfang 2014 von 18,9 Prozent auf 18,3 Prozent sinken.



## ***Aktuell 25/13***

---

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der **vbba** ; Tel. 05741/1404 – [vbbagrapp@t-online.de](mailto:vbbagrapp@t-online.de)

---

25.11.2013

### **dbb mit erneut gestiegener Mitgliederzahl**

Auch 2013 ist die Zahl der Mitglieder im dbb beamtenbund und tarifunion gewachsen. Der gewerkschaftliche Dachverband verzeichnet zum Jahresende (Stand 22. November 2013) insgesamt 1.276.407 Mitglieder. Das sind 4.844 mehr als im Vorjahr. „Damit bestätigt sich nicht nur der Trend der vergangenen Jahre“, sagte dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt zur Veröffentlichung der aktuellen Verbandsstatistik in Berlin. „Der dbb sieht sich zugleich in seiner Rolle als einflussreiche Interessenvertretung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche gestärkt.“

Im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigtenvertretungen kann der dbb seit Jahren auf kontinuierlichen Mitgliederzuwachs verweisen. Das Plus von knapp 5.000 neuen Mitgliedern im zu Ende gehenden Jahr wertete Dauderstädt als klare Bestätigung für die berufspolitische Arbeit des Verbandes.

Von den 1.276.407 dbb Mitgliedern sind 908.137 Beamte (2012: 906.820) und 368.270 Angestellte (2012: 364.743). In den Reihen des dbb organisiert sind nun 404.455 Frauen (2.834 mehr als im Vorjahr) und 871.952 Männer (ein Zuwachs um 2.010 gegenüber 2012).

### **dbb - Bundessenorenvertretung**

Senioren angemessen zu beteiligen ist für die Gesellschaft im Zeichen demografischer Veränderungen unverzichtbar. Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt betont. Dies sowie die Vermeidung von Altersarmut und die Stabilisierung der Alterssicherungssysteme werden für die dbb Bundessenorenvertretung von entscheidender Bedeutung sein, sagte Dauderstädt auf der öffentlichen Veranstaltung des 1.

Bundessenorenkongresses des dbb am 19. November 2013 in Berlin. Auf dem Kongress unter dem Motto „ALTER?(nativ)LOS!“ hatte sich am Vortag die Bundessenorenvertretung des gewerkschaftlichen Dachverbandes konstituiert.

Es sei ein Fehler, das Potenzial von Seniorinnen und Senioren bei der Umgestaltung der Arbeitswelt in Unternehmen und Behörden nicht zu nutzen, sagte der dbb Chef. „Denn wenn sich die Arbeitsumwelt weiterhin so altenfeindliche Verhaltensweisen erlauben kann, wird das der Gesellschaft langfristig Schaden zufügen.“ Die Chance der demografischen Entwicklung „dürfen wir nicht mit zu viel rigoroser Paragrafen-Mechanik zerstören, die für individuelle Entscheidungen wenig Raum lässt oder solche gnadenlos sanktioniert“, mahnte Dauderstädt.

Verschiedene Systeme von der Deutschen Rentenversicherung über die Beamtenversorgung, berufsständische Versorgungsmodelle und Betriebsrenten bis hin zu Varianten einer privaten Lebensversicherung könnten durchaus weiter nebeneinander existieren und sich auch ergänzen, zeigte sich der dbb Chef überzeugt. Als „problematisch“ bezeichnete er einen „ständigen Ausstieg des Staates aus seiner Verantwortung für die Stabilität der Altersversorgung“. Mit Blick auf die Rücklagen und Fonds, die gebildet wurden, um die Belastung aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Ruhestand zu lindern und zu deren Auffüllung Beamte wie Pensionäre deutlich beigetragen haben, kritisierte Dauderstädt erneut einige Landesparlamente, die das Zurückgelegte zur Deckung von Haushaltsdefiziten zweckentfremdet hatten. „Deshalb habe ich kürzlich angeregt, die regionale Verfügbarkeit durch zentrale Organisationsstruktur der Ausführung der Beamtenversorgung zu hemmen. Nach dem Vorbild der Versorgungsanstalt Bund und Länder VBL könnte eine Versorgungsanstalt für Beamtenversorgung VBV unter Beachtung der jeweiligen Verpflichtungssummen jedes Dienstherrn und auch der in der Föderalismusreform 2006 erworbenen Zuständigkeiten für Ausgestaltung der Versorgung unter Aufsicht der Bundesbank verlässlicher agieren, auch in summa an den Geldmärkten erfolversprechender auftreten“, so Dauderstädt. Langfristiges Ziel bleibe, auch die Beamtenversorgung wieder bundeseinheitlich zu regeln.

---

## **Aktuell 26/13**

Günther Grapp, Seniorenbeauftragter der vbba ; Tel. 05741/1404 – vbbagrapp@t-online.de

28.11.2013

### **Zugesagte Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes muss eingehalten werden**

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die im Koalitionsvertrag gegebene Zusage der künftigen Bundesregierung begrüßt, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherzustellen. „Diese Zusage muss eingehalten werden. Sie entspricht sowohl den berechtigten Erwartungen der Beschäftigten als auch unseren Forderungen als deren gewerkschaftliche Interessenvertretung“, sagte der dbb Bundesvorsitzende und sicherte die konstruktive Mitarbeit seiner Organisation an der Umsetzung dieses gemeinsamen Ziels zu.

CDU, CSU und SPD bezeichnen im Koalitionsvertrag den öffentlichen Dienst als „Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ und das Berufsbeamtentum als „Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung“. „Damit dies so bleibt, muss die Politik verlässliche und zeitgemäße Rahmenbedingungen schaffen“, sagte Dauderstädt. „Daran wird sich die künftige Bundesregierung messen lassen müssen.“ Dauderstädt verwies auf die hohe Zahl der in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und auf die einschneidenden demografischen Veränderungen. „Der dbb sieht deshalb den von den Koalitionären angekündigten praktischen Schritten zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses mit Spannung entgegen.“ Gebraucht würden eine „demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik, moderne attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag.

Der dbb Chef bekräftigte zugleich die Ablehnung der vorgesehenen gesetzlichen Festschreibung der Tarifeinheit. Erzwungene Tarifeinheit wäre selbst nach einer im Koalitionsvertrag angedeuteten Verfassungsänderung grundrechtswidrig und würde Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie massiv in Frage stellen, so Dauderstädt. „Sollte es dazu kommen, werden wir Mittel und Wege finden, um solche Regelungen vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen zu lassen.“

### **Anzeigepflichten der Versorgungsempfänger/innen**

Das aktuelle Merkblatt (Stand: Okt. 2013) des Service-Hauses der BA ist als Anlage beigelegt. **Folgt auf Wunsch in 2014!**

### **Wolfgang Speck (Baden-Württemberg) führt DBB-Seniorenvertretung**

Die Vollendung eines langen Weges sieht der DBB-Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt mit dem am 18./19.11.2013 in Berlin stattgefundenen ersten DBB-Bundesseniorenkongress. Zum ersten Bundesvorsitzenden der Geschäftsführung der DBB-Seniorenvertretung wählten die Delegierten Wolfgang Speck vom Seniorenverband öffentlicher Dienst Baden-Württemberg. Der Weg sei nicht einfach gewesen. Jetzt gelte es, so der DBB-Bundesvorsitzende, die Seniorenarbeit nachhaltiger und deutlicher zu repräsentieren. Für den BRH-Bund sei ein Alleingang auf Dauer nicht mehr möglich gewesen, meinte der DBB-Chef. Er habe mit seiner Auflösung zu Jahresbeginn eine schwierige und schmerzliche Entscheidung treffen müssen, „die den Weg für den DBB-Seniorenkongress erst geebnet und geschaffen“ habe. Für den BRH-Bund verfehlte dessen letzte Vorsitzende Gerti Schäffler-Kroner (BRH Bayern) den Sprung in die Geschäftsführung der DBB-Seniorenvertretung. Die vbba vertraten Günther Grapp, Erich Duden, Horst Wisniewski und Hans-Joachim Wunderling.

### **Bundeskabinett: Rentenniveau sinkt bis zum Jahr 2027**

Das Rentenniveau in Deutschland wird bis zum Jahr 2027 auf 45,4 % absinken. Das geht aus dem Rentenversicherungsbildungsbericht 2013 hervor, der am 20.11.2013 vom Bundeskabinett beraten wurde. „Das Sicherungsniveau vor Steuern sinkt von 48,7 % im Jahr 2013 auf 47,5 % im Jahr 2020 und weiter auf 45 % im Jahr 2027“, heißt es in der Kabinettsvorlage. Nach den Modellrechnungen des Berichts werden die Renten bis zum Jahr 2027 um insgesamt rund 38 Prozent ansteigen. Das entspreche einer durchschnittlichen Steigerungsrate von gut zwei Prozent pro Jahr.

06.12.2013

### **vbba – Reise nach Wien vom 23.06. – 26.06.2014**

Die für den o.a. Zeitraum geplante Reise fällt leider aus. Trotz Erweiterung des Personenkreises auf alle vbba \_ Mitglieder konnte bis zum vorgegebenen Bewerbungsschluss nicht die erforderliche Mindestzahl an Reiseteilnehmern gewonnen werden.

### **Sitzung des Fachbeirats für Seniorenbelange**

Vom 02.12. – 04.12.2013 fand in Würzburg eine Sitzung des o.a. Fachbeirats statt. Ein Schwerpunktthema war die zukünftige Organisation der Betreuung der vbba – Mitglieder im Ruhestand, die auch entsprechend in der Satzung der vbba aufzunehmen ist. Über die Inhalte der Sitzung wird in der nächsten Ausgabe des vbba – Magazins informiert.

### **Einige relevante Aspekte aus dem Koalitionsvertrag**

**Bekennnis zum öffentlichen Dienst und Berufsbeamtentum:** der öffentliche Dienst sei Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge und das **Berufsbeamtentum** Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung.

**Föderalismus:** Einrichtung einer Kommission für Fragen föderaler Finanzbeziehungen als geeignete Grundlage, die faktischen Auswirkungen der Föderalismusreform im Dienst -, Besoldungs- und Versorgungsrecht mit dem Ziel einer angemessenen Korrektur überprüfen zu können. **Rente:** Stichwort „**Mütterrente**“ - Ab Mitte 2014 sollen für Kindererziehungszeiten von vor 1992 geborenen Kindern künftig zwei Jahre statt bislang ein Jahr anerkannt werden. Stichwort „**Lebensleistungsrente**“ - Für langjährig Versicherte, die ein Alterseinkommen von unter ca. 850 Euro beziehen, soll eine steuerfinanzierte **Lebensleistungsrente** eingeführt werden. Bedingung der voraus-sichtlich ab 2017 zu gewährenden Leistung sind zunächst (bis 2023) 35 später 40 Beitragsjahre, wobei Zeiten der Arbeitslosigkeit bis zu fünf Jahre berücksichtigt werden. Stichwort „**Erwerbsminderungsrenten**“ - Die Koalition plant, die Absicherung von **Erwerbsgeminderten** zu verbessern. Stichwort „**Regelaltersgrenze**“ - Mit der Anhebung der **Regelaltersgrenze** plant die Koalition für Versicherte, die 45 Beitragsjahre erreicht haben, den abschlagsfreien Rentenzugang ab dem 63. Lebensjahr. Dieses Zugangsalter steigt parallel (bis 2029) mit der Regelaltersgrenze auf 65.

**Gesundheit und Pflege:** Vorsatz, zeitnah eine Neudefinition des **Pflegebedürftigkeitsbegriffsvorzunehmen**. - Einführung einer Lohnersatzleistung für eine bis zu 10-tägige (bisher unbezahlte) Freistellung aufgrund eines **akut eintretenden Pflegefalles**. - Verbesserte Anrechnung von **Pflegezeiten** in der gesetzlichen Rentenversicherung. - Aufbau eines **Pflegevorsorgefonds** und dessen Verwaltung durch eine unabhängige Institution wie der Bundesbank.

### **Aus der Rechtsprechung: Witwengeldanspruch trotz kurzer Ehe**

Ein verwitweter Ehepartner kann trotz kurzer Ehe Anspruch auf eine beamtenrechtliche Hinterbliebenenversorgung haben. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz sprach der Witwe eines an Krebs verstorbenen Mannes nach fünfmonatiger Ehe ein beamtenrechtliches Witwengeld zu. Trotz der kurzen Ehezeit habe es sich nicht um eine Versorgungsehe gehandelt (Az: 2 A11261/12 OVG).

### **Aus für Bleirohre durch neuen Grenzwert für Trinkwasser**

Trinkwasserleitungen aus Bleirohren wird es zukünftig nicht mehr geben. Grund ist eine Senkung des Grenzwertes für Blei im Trinkwasser, die **am 1. Dezember 2013 in Kraft trat**. Pro Liter Wasser dürfen dann nicht mehr als 0,010 mg Blei enthalten sein. Die Trinkwasserverordnung aus dem Jahre 2001 sah eine stufenweise Herabsetzung des Bleigrenzwertes im Trinkwasser vor, die mit dieser Senkung nun abgeschlossen wird. Außerdem müssen die Anlageninhaber, z. B. Wasserversorger und Vermieter, die betroffenen Verbraucher ab 1. Dezember 2013 über Blei als Material in der Trinkwasseranlage informieren. Dies gilt unabhängig davon, ob der Blei-Grenzwert im Trinkwasser überschritten wird. Die Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums finden Sie hier:

<http://www.bmg.bund.de/ministerium/presse/pressemitteilungen/2013-04/neue-blei-grenzwerte-fuer-trinkwasser.html>

### Rentenpläne kosten sofort Milliarden?

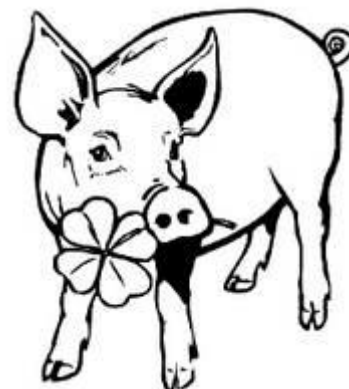
Die „**Große Koalition**“ ist noch nicht richtig in Gang, da kämpfen Medien und junge Politiker schon wieder gegen Seniorinnen und Senioren. Eine überwiegende Mehrheit der Mitglieder der **Landesseniorenverbände BRH** haben das im Koalitionsvertrag der künftigen, aus CDU/CSU und SPD bestehenden Bundesregierung angekündigte Vorhaben zur **Verbesserung der Alterseinkünfte von Müttern** begrüßt und als **einen ersten Schritt in die richtige Richtung** vermerkt. Die bisherige Lösung ist altersdiskriminierend. Es geht doch in erster Linie um Gerechtigkeit und nicht so sehr um mehr oder weniger. Wenn schon Mütterrente, dann aber gleich für alle Mütter.

Die Rentenpläne „kosten“ gar nichts, sie bringen nur keine zusätzlichen Gewinne und Kostenersparnisse für Unternehmer und Renteneinzahler. Es soll hier wohl von den Medien und der Kaste der jungen Politiker künstlich der Eindruck verbreitet werden, dass zusätzliche Kosten durch ältere Bürger entstehen. Seniorinnen und Senioren haben das erarbeitet und angespart, was heute Lebensgrundlage der Jüngeren ist. Kindern in Deutschland ist es noch nie so gut gegangen wie heute! Dazu tragen auch Großeltern in erheblichem Umfang bei. Und von jedem einzelnen Euro Mütterrente kassiert „der Staat“ praktisch sofort mehr als die 19 % Mehrwertsteuer und Unternehmer und jüngere Arbeitnehmer kassieren kräftig mit.

### GP-Infoblatt: „So finden Sie das richtige Krankenhaus“

Das neue Infoblatt des Bundesgesundheitsministeriums „So finden Sie das richtige Krankenhaus“ befasst sich mit der Suche nach dem geeigneten Krankenhaus. So finden Patienten etwa Erläuterungen, wie sie die Qualitätsberichte der Kliniken nutzen können, um die richtige Entscheidung zu treffen. Auch über die rechtlichen Grundlagen wird informiert. Ergänzt wird der Text mit einer umfangreichen Linksammlung zu den wichtigsten Anlaufstellen bei der Klinikwahl.

Das Infoblatt können Sie hier abrufen: [http://www.bmg-gp.de/GP\\_IB\\_Krankenhaus.pdf](http://www.bmg-gp.de/GP_IB_Krankenhaus.pdf) Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland gibt kostenlos telefonische Auskunft darüber, welches Krankenhaus welche Erkrankung behandelt und auf welche Kriterien Patienten bei ihrer Wahl achten sollten. [www.unabhaengige-patientenberatung.de](http://www.unabhaengige-patientenberatung.de) oder Tel.: 0800 – 0 11 77 22 (kostenfrei)



*Wir wünschen unseren Lesern/innen  
eine schöne, gesegnete Weihnachtszeit  
sowie viel Gesundheit, Glück und Erfolg  
im Neuen Jahr!*